

DKP-Bildungsthema 1/2001:

Ursachen und Erscheinungsformen des Neofaschismus heute

Inhalt

- Einleitung
- Christian Koberg: Die Position der DKP zur Diskussion um den staatlichen Umgang mit Rechtsextremismus und Neofaschismus"
- Roland Krebs: Zur Struktur heutiger neofaschistischer Parteien und Organisationen
- Gertrud Müller: Rede auf der großen Kundgebung gegen den Bundesparteitag der REPs in Winnenden
- Nina Hager: DKP-Politik in Ostdeutschland, (Abschnitt zur neofaschistischen Entwicklungen)
- Angelo Lucifero: Sozial und Rechts?
- Norbert Madloch: Unsere Vor- und Leitbilder sind Gregor und Otto Strasser
- Reinhard Kühnl: Die Ideologie des Faschismus
- Anlagen: Weitere Literatur (Auswahl)
- Referatvorlagen zu Kühnl

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 1.Mai konnte die NPD in Dresden, Frankfurt a.M., Mannheim, Essen und Augsburg demonstrieren. In Berlin-Hohenschönhausen wurde der Nazi-Aufmarsch von 2000 Beamten geschützt. Antifaschistische Gegendemonstrationen wurden - wie in Frankfurt und in anderen Städten - von den Beamten abgedrängt, massiv behindert oder festgenommen. Die Faschisten konnten ihren Aufmarsch unter dem Schutz der Polizeieinsatzkräfte zu Ende führen. Sie sehen ihre Aktionen als Erfolg.

Die Besonderheit in Berlin war, daß der Innensenator zunächst den NPD-Aufmarsch, später aber auch noch eine Revolutionäre 1.Mai-Demonstration verboten hatte. Während das Verbot der NPD-Aktion am Oberverwaltungsgericht scheiterte, blieb das Verbot gegen die linke, von der Antifaschistischen Aktion Berlin angemeldete Demonstration. Über 9000 Polizisten und BGS-Beamte wurden in Berlin eingesetzt, um dieses Verbot durchzusetzen bzw. den NPD-Aufmarsch zu schützen.

U.Sander schrieb vor einigen Jahren: "Die Sicherheitsbehörden urteilen über Antifaschisten, als seien sie die eigentlichen Feinde der Demokratie..." .

Das alles paßt in ein Szenario, mit dessen Hilfe demokratische Grundrechte weiter abgebaut werden sollen. Vor allem das Versammlungs- und Demonstrationsrecht soll wesentlich eingeschränkt werden. Berlins Innensenator Werthebach (CDU) spielt hierbei eine Vorreiterrolle. Und die NPD-Aktionen sowie die anderer neofaschistischer Organisationen und Parteien dienen hierbei, trotz Verbotsantrag gegen die NPD und staatlich initiiertem "Aufstand der Anständigen", offenbar als Vorwand, den man zur Zeit gut für diese Zwecke nutzen kann.

Auf ihrer Tagung am 23. und 24.November 2000 hatten die Innenminister der Länder im Zusammenhang mit dem Verbot der NPD beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, eine Einschränkung des Versammlungsrechts zu prüfen und einen entsprechenden Gesetzestext vorzubereiten. In Artikel 15 GG soll ein entsprechender Passus eingefügt werden. Diese Einschränkung will man jetzt allem Anschein nach durchsetzen. Dazu scheint - wie der 1.Mai in Berlin zeigte - jedes Mittel recht. Auf einer Anhörung des Innenausschusses des Bundestages am 16.Mai in Berlin gab es noch kein "grünes Licht" für diese Pläne. Noch. Auf diesen und andere Zusammenhänge sollten wir aufmerksam machen. Die Einschränkung des Versammlungsrechtes wäre ein massiver Abbau von Grundrechten.

Unser Bildungsthema ist aber nicht nur deshalb aktuell. Für die Auflösung und das Verbot aller neofaschistischen Organisationen und Parteien ist es höchste Zeit. Die Auseinandersetzung mit ihrer menschenverachtenden Ideologie und Politik, die Aufklärung über die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus, die Formierung und Mobilisierung von antifaschistischem Widerstand bleiben notwendig. Alle reaktionären Inhalte, demokratie-feindliche, nationalistische und rassistische Positionen im gesamten Spektrum etablierter Parteien müssen aufgedeckt und bekämpft werden.

Für das Bildungsthema sehen wir folgende Schwerpunkte:

- Was sind die gesellschaftlichen, historisch bedingten aber in erster Linie vor allem ökonomischen und sozialen Ursachen für Neofaschismus heute?

- Welcher Zusammenhang besteht mit der allgemeinen Rechtsentwicklung, dem Abbau der sozialen Sicherungssysteme, der Verschlechterung von Lebensbedingungen und dem Demokratieabbau? Welche Rolle spielen dabei ultrarechte Positionen in sogenannten etablierten Parteien?
- Welche neofaschistischen Strukturen und Entwicklungstendenzen gibt es? Welche Mittel und Methoden bedienen sich heute die Neofaschisten, um Anhänger und Wähler zu gewinnen? Welche Rolle spielen dabei soziale Demagogie und vorgebliche "DDR-Nostalgie"?
- Warum ist es notwendig, das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischer Parteien und Organisationen entsprechend Artikel 139 GG zu fordern?
- Was ist notwendig, um breite antifaschistische Bündnisse, die unterschiedliche politische Parteien, Organisationen, die Gewerkschaften und Einzelpersonen umfassen, zu schaffen bzw. auszubauen? Welche Rolle spielen Kommunistinnen und Kommunisten in solchen Bündnissen?

Das folgende Material bietet Einsicht in neofaschistische Zusammenhänge und Propaganda. Dokumentiert wird die Orientierung unserer Partei im antifaschistischen Kampf.

N.Hager

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir legen euch hiermit das Bildungsmaterial zum aktuellen Bildungsthema Ursachen und Erscheinungsformen des Neofaschismus heute vor, das der Parteivorstand auf seiner 3.Tagung Ende November 2000 beschlossen hat.

Den Anfang bildet die Behandlung des Themas im Referat des Genossen Christian Koberg, "Die Position der DKP zur Diskussion um den staatlichen Umgang mit Rechtsextremismus und Neofaschismus", gehalten auf der 2. Parteivorstandstagung (30.9./1.10 2000) in Essen. Es enthält "eine knappe, zusammengefasste Position der DKP zu dieser gesellschaftlichen Diskussion". Die Ursachen der aktuellen Rolle der Neofaschisten werden dabei aus "der seit Jahren stattfindenden Rechtsentwicklung, deren Hauptmerkmal die Durchsetzung des Diktats der Marktgesetze des Kapitalismus auf alle gesellschaftlichen Bereiche ist" entwickelt und die Funktion der aktuellen faschistischen Bewegung dementsprechend bestimmt.

Es folgt eine Auseinandersetzung mit den aktuellen Inhalten der faschistischen Propaganda, den Organisationsformen und Aktionsweisen der Faschisten, sowie mit den Reaktionen der politischen Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaft. Den Schluß bilden einige Hinweise und Vorschläge, wie die DKP reagieren sollte.

Das darauf folgende Material ist ein Referat des Essener Genossen Roland Krieb: "Zur Struktur heutiger Neofaschistischer Parteien und Organisationen", das einen guten Überblick über das im Titel genannte Thema bietet.

Die anschließende Rede von Gertrud Müller, gehalten auf der Kundgebung gegen den Parteitag der REPs in Winnecken, repräsentiert die Position einer antifaschistischen Widerstandskämpferin und liefert Hinweise auf Möglichkeiten der Agitation.

Die besondere Situation im Osten dieses Staates wird Rechnung getragen durch die zwei folgenden Materialien: dem Auszug aus dem Referat der Genossin Nina Hager: "DKP-Politik in Ostdeutschland", gehalten auf der 5. Parteivorstandstagung, 24./25.März 2001 und dem Aufsatz von Angelo Lucifero (GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, Thüringen): Sozial und Rechts? Luciferos Beitrag ist insbesondere dadurch interessant, weil er die Gefahr umreißt, die durch den wachsenden Einfluß der sogenannten "nationalen Sozialisten" auf die Gewerkschaften entsteht.

Die beiden folgenden Beiträge setzen sich mit der Ideologie der Faschisten auseinander. Norbert Madloch, Berliner Historiker und Mitglied des SprecherInnenrates der AG Rechtsextremismus / Antifaschismus bei der PDS geht in seinem Aufsatz: "Unsere Vor- und Leitbilder sind Gregor und Otto Strasser" auf eine der aktuellen ideologischen Strategien der Naziszene ein. Danach folgt ein Auszug aus Reinhard Kühnls Analyse über "Die Ideologie des Faschismus". Kühnls Analyse ist ein Klassiker aus den 60ern. Sie liefert wertvolle Hinweise auf Grundsätzliches: Kühnl macht an den ideologischen Positionen deutlich, dass Faschismus eine "Form bürgerlicher Herrschaft" ist, dass wesentliche Elemente bürgerlicher Ideologie die faschistische repräsentieren und die Funktion haben, die Unzufriedenheit der Massen mit bestehenden Zuständen auszudrücken und gleichzeitig die Bedürfnisse der herrschenden Klasse zu sichern.

Die abschließenden sieben Seiten sind Vorlagen für ein Referat über Kühnls Thema, die sich bei einem entsprechenden Gelegenheit bewährt haben; sie können Verwendung finden als Folien für Tageslicht-(Overhead-) Projektoren oder als Merkblätter für die Zuhörer.

Christian Koberg

Die Position der DKP zur Diskussion um den staatlichen Umgang mit Rechtsextremismus und Neofaschismus

Auszug aus dem Referat des Gen. auf der 2. PV-Tagung am 30.9/1.10.2001

Liebe Genossinnen und Genossen,

bestimmt wurde die gesellschaftliche Debatte über viele Wochen und einige Monate durch Auseinandersetzungen um den staatlichen Umgang mit Rechtsextremismus und Neofaschismus. Die DKP hat während zahlreicher Aktionen, an Infoständen, durch die UZ und Flugblätter ihre Positionen öffentlich bekannt gemacht. Im Rahmen dieses Referats wollen wir eine knappe, zusammengefasste Position der DKP zu dieser gesellschaftlichen Diskussion darstellen.

Die Rolle der Neofaschisten heute hat zum großen Teil ihre Ursachen in der seit Jahren stattfindenden Rechtsentwicklung, deren Hauptmerkmal die Durchsetzung des Diktats der Marktgesetze des Kapitalismus auf alle gesellschaftlichen Bereiche ist. Dies verändert die Verhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft nachhaltig. Die Rechtsentwicklung wurde durch den Zusammenbruch und die Zerschlagung des Sozialismus in Europa beschleunigt. Viele internationale, aber auch in unserem Land wirkende positive Auswirkungen des Sozialismus fehlen heute, um ein Gegengewicht zur Standortpolitik der transnationalen Konzerne und Banken schaffen zu können. Die USA sind heute faktisch die einzige Weltmacht, die EU wird zum Partner und Konkurrenten in der weltumfassenden Herrschaft des Imperialismus ausgebaut. In der Momentaufnahme heute gesehen zeigt sich, dass die marxistische Linke international die national umfassende Krise von Politik, Theorie und Organisation nicht überwunden hat. Sie ist bestenfalls in ihren Ansätzen erkennbar fähig, dem Imperialismus Widerstand entgegen zu setzen. Ihr fehlt ein strategisches Konzept zum gemeinsamen internationalen Handeln.

Die Rechtsentwicklung hat konkrete Folgen. Krieg ist ein Mittel zur Durchsetzung von Politik geworden. 80 Prozent der Weltbevölkerung leben in bitterster Armut. Bürgerliche Demokratie wird zunehmend verändert durch reaktionäre Tendenzen.

In den hoch entwickelten Staaten setzt sich chauvinistische Machtpolitik gegen den größten Teil der Erdbevölkerung über die Struktur der G 7 durch. Die Erde wird als ausbeutbares, in alle Richtungen zu nutzendes Marktsystem gehandelt. Dies führt zur direkten Rückentwicklung großer Regionen dieser Erde, führt zu Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und profaschistischer politischer Konzeption in der Gesellschaft. Der Kapitalismus bringt jeden Tag neue reaktionäre Tendenzen in das Leben der Menschen (Entsolidarisierung, Diffamierung, Gewalt, Hass). Die Individualisierung aller Verhältnisse ist eine täglich spürbare Tatsache, die zu großen Belastungen physischer und psychischer Art führt.

Kapitalismus führt zum Faschismus, ist zwar nicht zu jeder Zeit als aktuelle Aussage richtig, aber in der Grundtendenz stimmt diese Aussage. Die Definition des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale bezüglich des Faschismus an der Macht ist auf die Zukunft betrachtet eine mögliche Variante der Diktatur der reaktionärsten Teile der Bourgeoisie (die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals). Es versteht sich, dass Formen und Inhalte der jeweiligen Zeit entsprechen werden. Dass es dennoch Faschismus sein könnte, wenn sich diese Tendenz so durchsetzt.

Aus dieser kurz skizzierten Situation ist es verständlich, dass die bürgerliche Gesellschaft keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus oder den Organisationen der Neonazis und Faschisten heute führt. Würde man es tun, müsste man auch eigene politische Konzeptionen und praktische Politik kritisch prüfen. Zum Beispiel die Ausländerfeindlichkeit, die Asylpolitik, den Chauvinismus, die Kerneuropapolitik oder die internationale Wirtschaftspolitik. Entsprechend gibt es in der Öffentlichkeit vor allem eine Auseinandersetzung mit dem so genannten Rechtsextremismus, weil er als schädlich und unpassend empfunden wird. Dabei wird folgendermaßen argumentiert:

- Er schädige das Ansehen der BRD. Das kann die Möglichkeiten zur Realisierung von Profiten im Ausland schmälern.
- Extremismus von Links oder Rechts sei grundsätzlich zu verdammen.

- Extremismus muss bekämpft werden, um den Rechtsfrieden zu erhalten und das Gewaltmonopol des Staates durchzusetzen.
- Morde und jede andere Art krimineller Taten der Neonazis werden reduziert auf individuelle Täterschaft.

Ein Fazit ist, dass es zwar richtig ist, dass faschistische Positionen und Auffassungen aus allen Teilen der Gesellschaft kommen. Die reale Gefahr des Faschismus als mögliche Form der Diktatur der reaktionären Bourgeoisie könnte zum Beispiel in einer umfassenden politischen und ökonomischen Krise des Kapitalismus entstehen. Ein weiteres Fazit ist: Die politischen Grundlagen des organisierten Neofaschismus werden heute vom Staat und vielen gesellschaftlichen Parteien und Organisationen nicht angegriffen. Nach einem möglichen NPD-Verbot ist das Problem nicht beseitigt, denn faschistische Organisationen haben prinzipiell folgende fünf Aufgaben:

1. als Ventilfunktion für vorhandene Missstände und Widersprüche, die sich nach Rechts entladen;
2. um Druck zu erzeugen für solche politischen Veränderungen, die das bürgerliche System durchsetzen will wie Asylrechts-, Ausländerrechtsänderungen und Demokratieabbau;
3. um ein Klima der Verunsicherung und Angst zu schaffen, das auf viele demobilisierend wirkt;
4. um die Linke zu bekämpfen und zu verhindern, dass sie in Politikbereichen hegemoniefähig wird;
5. das Vorhalten dieser Organisationen als mögliche zukünftige Kraft.

Liebe Genossinnen und Genossen,

um uns wirkungsvoll mit allen Formen des Neofaschismus auseinanderzusetzen, müssen wir uns mit den erkennbaren Inhalten dieser Politik auseinander setzen. Dazu gehören: Soziale Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierungspolitik werden zu demagogischer Politik "der Interessenvertretung der kleinen Leute" genutzt. Das findet seinen Ausdruck in solchen Losungen wie "Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche", "Soziale Ausgaben für Ausländer kürzen", "Gegen das raffende Kapital". Das Aufgreifen der Renten-, Gesundheits- und Sozialpolitik in ihre negativen Auswirkungen.

Die NPD ist die zur Zeit gefährlichste Variante des organisierten Neofaschismus. Sie versucht die Funktion als politischer Arm und zur Sammlung der offen terroristischen Naziszene zu übernehmen. Dabei ist Ostdeutschland der Schwerpunkt. Hier wird in Strasser-Tradition der Versuch unternommen, die Traditionen der DDR für reaktionäre Politik zu missbrauchen. Einer der "theoretischen" Köpfe, Nier, war früher Lehrer für Marxismus/Leninismus an der TU Dresden. Mahler, ehemalige SDSler wie Rabehl und Oberlärcher sind so genannte Ideologen. Die aus fehlender Gleichberechtigung aller in der BRD lebenden Menschen abgeleitete Diskriminierung von Ausländern und Minderheiten werden zu eigener menschenverachtender Politik und zu entsprechendem Handeln genutzt. Das findet seinen Ausdruck in den so genannten von Ausländern, Juden oder von Linken befreiten Zonen. Es gibt eine latente Bereitschaft zum Handeln. Zugespitzt wird das Recht zum Töten daraus abgeleitet.

Die Korruption der bürgerlichen Gesellschaft und des politischen Systems wird genutzt, um sich selbst als Kraft für Sauberkeit und Ehrlichkeit darzustellen. Parteienverdrossenheit kann zur Hinwendung bürgerlicher Menschen zu reaktionären faschistischen Parteien führen. Kriminalität aller Art und Drogenprobleme werden genutzt, um für falsch verstandene Sauberkeit und Ordnung zu werben. Die Nazis heute fühlen sich als Vollstrecker, wenn es gegen Obdachlose, Drogenkriminalität usw. geht. In wichtigen gesellschaftlichen Bereichen genießen neofaschistische Auffassung Popularität. Bei der Polizei sind es nach Angaben der "Kritischen Polizisten" zwischen 12 und 18 Prozent, die solche Auffassungen vertreten oder mit ihnen sympathisieren. Faschisten werden objektiv von der Polizei geschützt und es wird öffentlich verharmlost, wenn es um ihre Taten geht. Sie bekommen von den höchsten juristischen Instanzen "Recht", um menschenverachtende Politik darzustellen. Darüber hinaus wirkt auf einen Teil der Jugend ihre Organisiertheit, die scheinbare Solidarität, die Fähigkeit, in dieser Gesellschaft gesellschaftliches Ansehen durchzusetzen und bei manchem auch die Hoffnung, mit den Nazis für die eigenen Rechte besser kämpfen zu können. Nach bisher veröffentlichten Meinungen sollen ca. 70 Prozent der Mitglieder der neofaschistischen Parteien und Organisationen Mitläufer und 30 Prozent zum harten Kern gehören.

Die NPD orientiert vor allem auf außerparlamentarische Aktivitäten, allerdings hier und dort auch auf Wahlkämpfe. Die DVU orientiert sich vor allem auf Wahlkämpfe. Dabei ist der nächste Schwerpunkt Hamburg, wo im September 2001 Bürgerschaftswahlen stattfinden. Die Republikaner orientieren ebenfalls stark auf Wahlkämpfe mit dem Ziel, Brücken und Kooperationen zu konservativen Kräften herzustellen. Die NPD hat fließende Übergänge zur Skinhead- und zu örtlichen und regionalen Kameradschaftsszene. Ihr gelingt es, Jugendliche anzusprechen, auch über die faschistische Musikszene und öffentlich geförderte Jugendarbeit. Das offizielle Ziel, Nazis bekämpfen, wird in solchen Fällen aber faktisch dazu genutzt, um deren Organisation aufzubauen. Ebenso über die rechte Fanszene im Fußball.

Die NPD bzw. JN ist Organisator von vielen Aktionen, von Protesten, die in der Öffentlichkeit stattfinden. Sie ist medienpräsent. Sie gewinnt Mitglieder. Nach Veröffentlichungen in der Presse sind es in der BRD insgesamt 7.000 Mitglieder. Die NPD soll in diesem Jahr bisher 500 Mitglieder dazu gewonnen haben.

Die Naziideologie hat viele Übergänge zu reaktionären Institutionen, Vereinen, Publikationen, "Kulturträgern", Landsmannschaften, Burschenschaften, Soldatenverbänden, Institutionen zur Erforschung der Geschichte und anderen scheinbar wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Naziideologie wird in vielen Publikationen aller Art, von Hetzschriften bis zu scheinbar seriösen Büchern und Zeitungen, in relativ hohen Auflagen verbreitet. Das Internet wird geschickt zur Agitation und zur Organisation von Aufmärschen genutzt. In jüngster Zeit wird umfassend eine sich entwickelnde neofaschistische Musikszene genutzt. Nach Veröffentlichungen der Bundesregierung gab es 1998 128 Konzerte, davon 89 in Ostdeutschland, an denen im Durchschnitt 200 Personen teilnahmen. Davon waren 14 Veranstaltungen, die von mehr als 500 Personen besucht wurden. In der Darstellung der Bundesregierung gibt es 44 Gruppen oder Liedermacher, deren Texte eingezogen worden sind. 1999 waren es 105 Konzerte, davon 8 mit mehr als 1.000 Besucherinnen und Besuchern. Die Nazibewegung ist international vernetzt und nutzt diese Vernetzung zur ungehinderten Propaganda bis hin zu Seminaren und Treffen, die regelmäßig in verschiedenen Ländern stattfinden - das trifft insbesondere auf Dänemark und die USA zu. Die Naziszene in der BRD profitiert von Entwicklungen in der jüngsten Zeit in Österreich durch Haider, in Frankreich, Italien und Tschechien.

In der Auseinandersetzung mit diesem Thema sollten wir auch einige neu aufgetretene Fragen diskutieren. Warum wurde in diesem Sommer der Neofaschismus bzw. der faschistische Rechtsextremismus zum Thema, bis hin zur Forderung der CDU/CSU nach dem Verbot der NPD? Dazu einige Teilantworten.

- Das Problem ist nicht mehr zu deckeln. 1999 gab es 1.457 offizielle Straftaten mit neonazistischem Hintergrund. Es kam zu 1.594 Festnahmen. Über 130 Morde gehen auf das Konto der Nazis.
- Das international agierende Kapital hat Angst vor der Beschädigung des Ansehens der BRD, was möglicherweise dann zu Profiteinbußen führen könnte.
- Heute setzt das transnationale Finanzkapital auf seine auf ökonomische Macht beruhende Möglichkeit, politisch solche Rahmenbedingungen durchzusetzen, die am günstigsten national und international sind.
- Die Diskussion um Neofaschismus heute wird vor allem genutzt, um die DDR und den Sozialismus in Europa zu diskreditieren: Dazu dient die perfide Behauptung, Quellen und Ursachen für Neofaschismus in der heutigen Form lägen zum Beispiel in der DDR. Damit wird die Totalitarismuskritik weiter entwickelt.

Nazis und deren Aktivitäten werden gezielt genutzt, um Demokratieabbau jetzt durchzusetzen. Das zielt auf das Demonstrationsrecht bis hin auch zur Veränderung des Grundgesetzes. Langfristig geht es darum, mit diesem Demokratieabbau die Linke zu treffen, die linke sozialistisch-kommunistische Bewegung und deren Parteien zu behindern.

Die Debatte soll auch vom Sozialabbau durch die Schröder-Fischer-Regierung ablenken. Kanzler Schröder lässt sich als "konsequenter Antifaschist" darstellen. Dies vor allem, weil seine Regierung 400 Millionen DM zur Verfügung gestellt hat, um Neofaschismus in der Gesellschaft zu bekämpfen. CDU/CSU haben natürlich auch eine besondere Begründung des Vorgehens gegen NPD und andere Neonazistische Parteien und Gruppen. Sie wollen diese Stimmen für sich bündeln.

Für die weitere Diskussion sollten wir beachten, dass es zur Zeit unterschiedliche Ansätze gibt, um arbeitsteilig verschiedene Aufgaben durch entsprechende Organisationen und Parteien der Neonazis umsetzen zu lassen. Wir sollten auch sehen, dass es auch unterschiedliche Auffassungen unter diesen Organisationen und Parteien gibt. Dennoch, gibt es auch die Tendenz, verstärkt Wahlabsprachen zu treffen und koordiniertes Vorgehen zu organisieren. Es gibt Initiativen, um zu sichern, dass Republikaner, DVU, NPD gemeinsam zu den Bundestagswahlen 2002 antreten.

Wir sollten uns auch mit dem Thema beschäftigen, ob es eine reine "Sommerloch"-Debatte war oder ob sie gesellschaftspolitisch weiter gehen wird. Aus meiner Sicht kann man diese Frage nicht eindeutig mit Ja oder Nein beantworten. Die Diskussion wird weiter gehen. Aber nicht in dieser Form, auch weil die Ursachen, die zur Diskussion geführt haben, bleiben. Die Nazis spüren anhaltend günstige Bedingungen. Es wird Versuche geben, das Thema mit dem Hinweis auf Links- und Rechtsextremismus zu beenden, wie die Bundestagsdebatte vom 28. September 2000 zeigt. Das bringt teilweise gewünschte Erfolge, aber nicht mehr so wie früher. Gesetzte politische Positionen des Antifaschismus bleiben im Bewusstsein derjenigen präsent, die jetzt aktiv geworden sind.

Für uns besonders zu beachten ist, dass die Gewerkschaften im antifaschistischen Kampf eine andere Rolle als in den letzten Jahrzehnten eingenommen haben. So erschienen in allen Publikationen aller Einzelgewerkschaften und des DGB wichtige prinzipielle Beiträge zur Auseinandersetzung mit Neofaschismus. Es gibt eine initiierende Rolle

der Gewerkschaftsbewegung bei Aktionen und eine klare Positionierung in Beschlüssen. Wir sollten uns in der DKP darüber verständigen, wie wir mit jenen Positionen umgehen, die wir als populistisch, halbherzig oder taktisch in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus bezeichnen. Aus meiner Sicht sollten wir uns nicht locken lassen, eine vordergründige Diskussion zu dieser Frage zu führen: Wer sind nun die wahren, die nicht ganz ehrlichen oder die unehrlichen Antifaschisten? Für uns sollte die Formierung einer möglichst breiten Bewegung im Vordergrund stehen. Dass das auch verlangt, die politisch-inhaltliche Diskussion zu führen, ist selbstverständlich. Wir sollten darauf achten, dass die DKP bei allen Personen- und Organisationsaufrufen sowie bei Kundgebungen und Aktionen deutlich erkennbar mit Positionen, Losungen und Fahnen präsent ist. Insgesamt sollten wir beachten, dass solche Positionen wie "Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" in der Qualität der Aussagen bisher so in der Breite der antifaschistischen Bewegung in der Bundesrepublik nicht erreicht wurden. Darauf gilt es aufzubauen.

Unsere wesentlichen Aufgaben sehe ich in folgenden Bereichen:

Rolle und Aufgabe der DKP ist es, bei Maßgabe der Einschätzung unserer Kraft praktisch wahrnehmbar in allen antifaschistischen Bewegungen, wo es möglich ist, präsent zu sein. Die Auseinandersetzungen mit Neofaschismus heute ist eine politische Herausforderung, die auch Chancen birgt. Diese können wir nutzen, indem wir verstärkt Aufklärung durch Argumente leisten, Diskussionen in allen Formen entwickeln, Beteiligung an möglichst vielen Aktionen mit deutlich sichtbaren Positionen absichern. Schon den 9. November, den Jahrestag der Reichspogromnacht, und den 27. Januar, den Jahrestag der Befreiung von Auschwitz und den 30. Januar 2001, den Tag der Machtübertragung an die Faschisten, sollten wir gezielt nutzen.

Unsere Aufgabe ist es, Forderungen in die Bewegung hineinzutragen, wie das durch Artikel 139 Grundgesetz vorgesehene Verbot und die Auflösung aller neofaschistischer Organisationen und Parteien realisiert werden kann sowie eine umfassende Form der Aufklärung der Jugend über die Ursachen und Wirkung des Faschismus im Schulunterricht.

Wir sollten, wenn möglich, viele Veranstaltungen mit in der DKP organisierten Antifaschistinnen und Antifaschisten durchführen, die in der Zeit von 1933 bis 1945 eingekerkert waren und als Zeitzeugen gerade der Jugend Faschismus in seiner ganzen Menschenverachtung erklären können. Wir sollten die geplante Demonstration und Aktion am 7. Oktober in Berlin gegen die NPD-Zentrale mit vorbereiten und unterstützen.

Unsere Aufgabe ist es, die VVN-BdA zu unterstützen und zu stärken. Sie leistet einen wirkungsvollen Beitrag zum Antifaschismus über Jahrzehnte hinweg. Sie wird am kommenden Wochenende auf ihrem Bundeskongress erneut unter Beweis stellen, dass Politik und Initiativen von ihr ausgehen, die wirkungsvoll Neofaschismus bekämpfen. Wir sollten uns auch zum geeigneten Zeitpunkt im Parteivorstand darüber verständigen, wie wir die Sicherheit der Partei unter neuen Bedingungen besser als bisher gewährleisten können.

Roland Krieb

Zur Struktur heutiger Neofaschistischer Parteien und Organisationen

Diskussionsgrundlage für den Kreisvorstand in Essen (September/2000)

1. Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch,

und kein Tag vergeht in unserem Land, ohne daß Nazi-Banden marodierend, prügelnd oder mordend durch die Lande ziehen. Weil Faschismus nicht nur eine Meinung, sondern ein Verbrechen ist, gilt es dem etwas entgegensetzen.

Wenn wir uns über Wege und Methoden des antifaschistischen Kampfes auseinandersetzen, sollten wir uns vorher einen Wissensstand bezüglich neofaschistischer Kräfte und deren Aktivitäten verschaffen.

Vor allem die NPD - die Nationaldemokratische Partei Deutschlands - steht derzeit wegen der Verbotsdiskussion im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Tatsächlich ist die NPD eine Partei im Aufschwung. Nach Angaben ihres Vorsitzenden Udo Voigt ist sie finanziell saniert und hat seit Beginn der aktuellen Verbotsdebatte etwa 500 Neuaufnahmen zu verzeichnen, so dass die Mitgliederzahl nun bei ca. 7000 liegen dürfte, wovon alleine 1000 im Osten der BRD leben.

Dabei wird gerne übersehen, dass die NPD nur eine von vielen Parteien und Organisationen im neofaschistischen Spektrum ist. Die mitgliederstärkste, die Deutsche Volksunion (DVU) mit Sitz in München und, laut Verfassungs-

schutz, etwa 18.000 Mitgliedern ist letztes Jahr mit 12% der Wählerstimmen in den Landtag von Sachsen-Anhalt eingezogen. Im Gegensatz zur NPD setzt die DVU auf Medienwahlkampf und Postwerbung als fast ausschließliche Propagandamittel.

In den Monaten vor der Verbotsdiskussion machte die NPD durch fast wöchentliche Aufmärsche und Kundgebungen auf sich aufmerksam. Die jeweils 400 bis 1.000 Teilnehmenden bestanden überwiegend aus jungen Männern, zum Großteil aus der Hooligan- und Skinheadszenen rekrutiert.

Seit 1995 Udo Voigt die Leitung der NPD übernahm fand vordergründig eine ideologische Öffnung der Partei statt. Einerseits orientiert man stärker auf die nationalrevolutionäre Klientel aus den verbotenen Parteien FAP und NF, andererseits wird durch die Schwerpunktlegung auf die "soziale Frage" ein Teil der Bevölkerung erreicht, der im politischen Diskurs als "Modernisierungsverlierer" bezeichnet wird. Die Ausrichtung der Politik, die die NPD heute betreibt, erinnert an das Politikverständnis des "Strasser-Flügels" der NSDAP. Ein Teil der NPD-Anhänger empfindet das Festhalten an Hitler oder Hess als Leitfigur auch nicht mehr als zeitgemäß. Dennoch gehört Rassismus, Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus zum Standardrepertoire der NPD. Die Phraseologie in ihren Veröffentlichungen allerdings verdeckt den Sachverhalt heutzutage noch geschickter als vor etwa 10 Jahren: "Die Wirtschaft darf unsere Umwelt nicht zerstören und unsere Bevölkerung nicht entfremden. Grund und Boden bleiben immer Eigentum des deutschen Volkes und dürfen nicht an Ausländer veräußert werden." Selbstverständlich hat die hier angesprochene "Entfremdung" nichts mit marxistischer Begrifflichkeit zu schaffen, sondern verweist auf den grundlegend völkisch-rassistischen Ansatz der NPD.

Aufgrund der offeneren Politik gewinnt die NPD in den letzten Jahren an Bedeutung in der rechten Szene. Eine Reihe von DVU und REP-Funktionären sind inzwischen in die NPD übergetreten. Ehemalige Linke wie Prof. Michael Nier (früher Mitglied im wissenschaftlichen Beirat für Marxismus-Leninismus des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR) und Horst Mahler (ehemaliger RAF-Anwalt) sind sich nicht zu schade, für die NPD als Zugpferde aufzutreten.

Die drei bedeutendsten Naziparteien NPD, DVU und REP sprechen sich inzwischen zu Wahlen ab. Das heißt, dass sie sich nach Möglichkeit keine Konkurrenzmandate liefern. z. B. hat die DVU zuletzt zu den Landtagswahlen in NRW im Jahr 2000. alleine im Dortmunder Norden kandidiert, wohingegen man in Essen das Feld den Republikanern weitestgehend überließ, die ein Jahr vorher bei den Kommunalwahlen in den Rat eingezogen waren. Diese wahlstrategischen Absprachen zeigen, dass es Querverbindungen - auch personelle - gibt, zumal sich die Inhalte der Parteien kaum unterscheiden. Die Parolen "Arbeit zuerst für Deutsche", "Wohnungen zuerst für Deutsche", "Asylbetrüger raus" sind auf Öffentlichkeitsmaterialien der drei Parteien gleichermaßen zu finden.

Doppelmitgliedschaften sind nicht unüblich. Der Polizistenmörder von Dortmund, Michael Berger war Mitglied von DVU und REP.

Lediglich das Image, die Zielgruppen und das Auftreten der Parteien unterscheiden sich: Während die NPD aktionistisch und als Sozialrevolutionäre in den Mittelpunkt stellende Kraft in Erscheinung tritt, gibt sich die REP-Partei eher national-konservativ bieder als rechte Nadelstreifenpartei und orientiert sowohl auf die Arbeiterklasse, als auch auf den wohlhabenderen Teil der Gesellschaft. Der Parteivorsitzende der DVU, Frey, betreibt neben einem Verlag, einen Militariahandel, den Handel mit alten deutschen Uniformen, Orden usw. Er zielt mit Postwurfsendungen auch auf die älteren Menschen ab, die sich einen starken Staat mit Führerprinzip zurückwünschen.

Unter den kleinen, meist auf lokaler Ebene operierenden Parteien des neofaschistischen Spektrums ist eigentlich nur die ÖDP nennenswert. Diese "Ökologisch Demokratische Partei", gegründet vom Ex-Grünen Herbert Gruhl bedient den ökologisch-biologischen Teil der Klientel und nimmt z. B. in Gladbeck den Grünen eine Menge Wählerstimmen ab. Dort konnte die ÖDP in den Rat der Stadt einziehen.

Ende Oktober ('99) erhielten linke Organisationen Post von einer Gruppe, die sich "Unabhängige Kommunisten Deutschlands"(UKD) nennt. Mit der Kopfzeile "Deutsche Arbeiter vereinigt Euch!" wirbt die UKD für eine "Einheitsfront". Weiter: "... die breiten Massen der deutschen Bevölkerung im revolutionären Kampf für ein neues Deutschland (...) zu vereinen. Angesprochen werden alle Fraktionen, von DKP über KPD bis NPD (und die dazwischen)."

An diesem Beispiel wird deutlich, auf welche Art die Neofaschisten versuchen, in das linke Spektrum hineinzuwirken. Ob es sich bei dieser "UKD" nun tatsächlich um eine eigene Partei handelt oder um eine Scheinstruktur handelt, ist dabei unerheblich. Kern der Sache ist die soziale Demagogie, mit welcher die Neofaschisten versuchen, eine Domäne der Linken strategisch zu besetzen. Das es weder den Neofaschisten noch den Herrschenden in diesem Land um soziale Gerechtigkeit geht, ist uns wohl allen klar. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sieht das allerdings nicht.

Ein weiteres Beispiel für den Versuch der Besetzung traditionell linker Inhalte ist der Umgang der NPD mit der Friedensfrage: "In diesem Zusammenhang muss auch die Beteiligung der NPD an Antikriegs- und Friedensdemos während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien gesehen werden. Der NPD ging es ja nur darum, dass kein deutsches Blut für andere Interessen, sprich für den US-Imperialismus vergossen wird. Für den deutschen Imperialismus können deutsche Soldaten folglich ruhig Blut vergießen."

2

Die NPD gliedert sich in Landesparteien und Kreisverbände. Die traditionelle Gau-Struktur der NSDAP hat sie nicht übernommen. Parallel dazu ist ihre Jugendorganisation (JN) aufgebaut, die aktuell über 500 Mitglieder zählen soll. Die Republikaner mit gleichem Aufbau haben jedoch keine Jugendorganisation, sondern einen Studentenverband. Der RHB, der Republikanische Hochschulbund ist zwar an einigen Universitäten vertreten, hat allerdings bei Studentenparlamentswahlen kaum Chancen.

Die DVU verfügt weder über eine Jugend, noch über eine Studentenstruktur. Auch ihre Mitglieder treten selten öffentlich in Erscheinung. Wenn, dann vor allem im Osten der Republik.

Anfang der 90er Jahre wurden die beiden Parteien FAP und NF vom Innenministerium der BRD verboten. Bei diesen militanten nationalrevolutionären Parteien handelte es sich um straff organisierte Zusammenhänge, die schon damals enge personelle und ideologische Verbindungen vor allem mit NPD und DVU unterhielten.

Nach dem Verbot verblieben sogenannte autonome Kameradschaften auf örtlicher Ebene wie etwa in Recklinghausen, Bielefeld oder Dortmund. Diese Kameradschaften werden wiederum in "Gauen" und als nächste Ebene in Landesverbände zusammengeschlossen. Viele Mitglieder dieser "Kameradschaften" sind in der NPD organisiert und viele derjenigen aus den Kameradschaften, die nicht Mitglied der NPD sind, nehmen dennoch an ihren Aufmärschen teil, was die Mobilisierungsfähigkeit der NPD bundesweit erhöht.

Es gab nachweislich viele Auseinandersetzungen innerhalb des sog. nationalrevolutionären Lagers, vor allem nach dem Tod der Integrationsfigur Michael Kühnen. Es gab Abspaltungen und diverse Wiederzusammenschlüsse, u.a. nur, um einmal in einer Stadt zu kandidieren. Diese Wahlbündnisse zerfielen aber wieder schnell. In den vergangenen 3 Jahren bildeten sich vor allem im Osten neue "autonome" Nazistrukturen unter anderem mit dem Namen "Werwolf" oder etwa "Skinheads Sächsische Schweiz"

Die Neonazis unterschiedlicher Couleur werden ideologisch bedient durch ein Netzwerk von Medien. Dabei rückt das Internet immer stärker in den Mittelpunkt. Vergessen darf man dabei aber nicht die Menge an Zeitschriften wie "Nation Europa" "Mut" oder die Frey-Zeitung "Deutsche National-Zeitung"(DNZ).

Darüber hinaus organisiert das sog. "Thule-Netz" die Aktualisierung der ideologischen Ausrichtung des Spektrums. Das Thule-Netz ist auch im Internet vertreten.

Die Zeitung "Junge Freiheit" richtet sich vorrangig an die Intellektuellen unter den Rechten. In dieser Zeitung schreiben unter anderem CDU-Politiker wie Lummer aus Berlin Vor allem an den Universitäten versuchen die Zeitungsmacher Abonnenten zu werben.

Die neofaschistische Szene hat lange versucht, über Vorfeldorganisationen einerseits eine größere Breite an Menschen zu erreichen, andererseits unverfängliche Politikbereiche politisch zu besetzen. Zu diesen Organisationen gehören die ANTIKO (Antikommunistische Aktion), AL (Aktion Lebensschutz) oder die (IV) Initiative Volkswille. Außerdem ist der Einfluss neofaschistischer Kräfte in Vertriebenenverbänden und studentischen Verbindungen nicht zu unterschätzen.

Anhand der Erkenntnisse, die die Antifaschisten in unserem Land gewonnen haben, lässt sich feststellen, dass die neofaschistische Szene arbeitsteilig vorgeht und darüber hinaus international vernetzt ist. Hauptfinanziers der Revisionisten-Bewegung und der NSDAP/AO z.B. kommen aus den USA und Kanada.

Die Schwerpunkte im braunen Netzwerk haben sich in den letzten 10 Jahren verändert. Während die GdNF, die "Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front" Anfang der 90er Jahre im Mittelpunkt des braunen Netzes stand, scheint die NPD heute immer stärker das Zentrum zu sein, um welches sich Aktivisten und Vorfeldorganisationen des militanten neofaschistischen Spektrums anordnen. Alleine darum ist ein NPD-Verbot heute so wichtig. Die NPD ist heute die Nazi-Organisation mit der größten Mobilisierungsfähigkeit und dem größten Anklang bei der jüngeren Generation, was mittel- bis langfristig von Bedeutung ist und nicht allein kurzfristige Wahlerfolge betrifft.

Inwiefern das braune Netz vollstreckt, was von den Herrschenden dieses Landes als politisches Konzept erarbeitet worden ist, steht auf einem anderen Blatt und würde hier den Rahmen sprengen. Auch Dimitroffs Faschismustheorie hat traurige Aktualität und die Auseinandersetzung damit wäre hochinteressant

Gertrud Müller

Rede auf der großen Kundgebung gegen den Bundesparteitag der REPs in Winnenden, Stuttgart, am 18. 11. 2000

Liebe Freundinnen und Freunde!

1942 wurde ich verhaftet, als ich hungernden russischen Zwangsarbeiterinnen etwas zu Essen über den Zaun ihres Lagers werfen wollte. Die Folge war Verhaftung und Einlieferung ins KZ. Erst hier im Rems-Murr-Kreis, in Rudersberg, dann Ravensbrück und später Geislingen. Dort musste ich als KZ Häftling selbst Zwangsarbeit leisten.

58 Jahre später forderte die Landtagsfraktion der Rep auf einem offiziellen Briefkopf des Landtags von Baden-Württemberg Betriebsräte und Betriebsleitungen auf, keine Zahlungen für ausländische Zwangsarbeiter zu leisten. Das gefährde möglicherweise deutsche Arbeitsplätze.

Zwischen uns hier und den Reps in der Winnender Stadthalle liegen nicht nur 150 Meter. Dazwischen liegt der Unterschied zwischen Moral und Unmoral, Menschlichkeit und Unmenschlichkeit, Anstand und Verkommenheit.

Es ist der Unterschied zwischen Humanismus und Faschismus!

Die REPs mögen im Landtag Nadelstreifen tragen und sich öffentlich von neofaschistischer Gewalt distanzieren. Dennoch, jeder Satz ihres Programms, jeder öffentliche Auftritt ihrer Akteure, jede Presseerklärung atmet den Geist des Faschismus. Die REPs betreiben eine ähnliche soziale Demagogie wie die Faschisten. Sie versprechen jedem alles und jedes. Wie die NSDAP jedoch, sind sie eine Partei der sozialen Kälte, die die Bereicherung der Reichen und die Entrechtung der Armen betreibt.

Ihr Gründer Schönhuber war stolz darauf der Waffen-SS angehört zu haben. Sie sagen heute - ich zitiere "Wir lassen uns von 40 000 Juden in Deutschland nicht drangsalieren", und sie meinen damit, dass sie die Überlebenden des Holocaust nur allzu gerne wieder selbst drangsalieren würden. Sie treiben täglich Hetze gegen Menschen die hier leben und arbeiten, die hier Schutz vor Verfolgung, Krieg und wirtschaftlicher Not suchen. Sie sind Stichwortgeber für Hass und Gewalt, für Mord und Totschlag.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Stichworte der REPs und anderer Neofaschisten fallen nicht nur bei den Skinheads auf fruchtbaren Boden. Vor kurzem konstatierte Herr Schlierer, der Vorsitzende der REPs: Die Regierung hat viele unserer Forderungen bereits umgesetzt. In der Tat: Vor 30 Jahren forderte die NPD die Einrichtung eines Auffang- und Abschiebegefängnisses auf dem Frankfurter Flughafen. Heute ist es Wirklichkeit. Seit Jahren fordern alle Neofaschisten gemeinsam die Abschaffung des Asylrechts. Was ist heute davon noch übrig?

Während letzte Woche Hunderttausende in Berlin gemeinsam auch mit der CDU gegen rechte Gewalt demonstrierten, versäumen deren Politiker es nicht, nun auch die Abschaffung des übriggebliebenen Restes des Asylrechts zu fordern.

Liebe Freundinnen und Freunde, man kann den Faschisten nicht entgegentreten, indem man ihre Forderungen aufgreift. Faschismus kann nur bekämpft werden, wenn man seine Ideologie, seine Parolen, seine Propaganda täglich zurückweist.

Denn: Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen !Das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte !

Es ist erst wenig mehr als 50 Jahre her, dass der deutsche Faschismus und der von ihm angezettelte Krieg 60 Millionen Todesopfer forderte: Vergast, verbrannt, erhängt, geköpft, erschossen, erschlagen, verhungert, vergiftet, in millionenfachen Leiden zu Tode gequält. Und heute wieder: Menschen werden verbannt und erschlagen.

Für mich ist es unfasslich, dass nach diesem Massenmorden nun darüber diskutiert wird, ob faschistische Parteien verboten gehören. Sie brauchen nicht verboten zu werden ! Sie müssen nur endlich schnell und vollständig aufgelöst werden. Und zwar alle, auch die REPs. Das sagt das Grundgesetz, das im Artikel 139 die Bestimmungen der Alliierten zur Befreiung von Faschismus und Militarismus ausdrücklich bekräftigt.

Liebe Freundinnen und Freunde, das Verbrechen Faschismus beginnt nicht erst, wenn Menschen zu Tode kommen. Es beginnt, wenn das Recht des Stärkeren und des Profits über das Recht aller Menschen auf Leben in Würde und sozialer Sicherheit gestellt wird. Es beginnt, wenn Menschen nicht mehr gleich gelten, sondern sortiert werden in

Arier oder Juden, Deutsche oder Ausländer, nützliche Greencard-Anwärter oder unnütze Flüchtlinge, Gesunde oder Behinderte

Der Faschismus beginnt in den Köpfen. Er beginnt, wenn bei vielen als normal gilt, was niemals normal sein darf. Wir stehen hier, weil wir es nicht für normal halten, dass die REPs hier unbehelligt auf einen Bundestag ihre Hetze betreiben. Wir halten es nicht für normal, dass in unserem Land fast täglich Menschen beleidigt, gehetzt, verprügelt, verbrannt und totgeschlagen werden. Wir halten es nicht für normal, dass jüdische Synagogen angezündet, die Friedhöfe und Gedenkstätten der Opfer von damals erneut geschändet werden. Und ich halte es auch nicht für normal, dass heute deutsche Soldaten wieder in andere Länder ziehen um dort angeblich unsere Vorstellung von Menschenrechten oder welche Interessen auch immer mit Bomben und Raketen durchsetzen.

Dem Krieg und Faschismus zu wehren und zu widerstehen. Die Gleichheit der Menschen und die Demokratie zu achten, auch das Menschenrecht auf Asyl - das ist der Auftrag des Grundgesetzes, das entstanden ist, als die Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus noch frisch war. Das sind auch die Mindestanforderungen an alle, die in dieser Demokratie ein Mandat erhalten haben und erhalten wollen.

Der Vizepräsident des baden-württembergischen Verfassungsschutzes Herr Doll hat am Dienstag vor unserer heutigen Demonstration gewarnt: "Wenn Rechte Ausländer jagen ist der Aufschrei groß", sagte Doll. "Wenn Linke aber z.B. bei Veranstaltungen der Republikaner Autoreifen zerstechen, dann wird das stillschweigend hingenommen".

Der zweitoberste Verfassungsschützer unseres Landes kann den Unterschied zwischen Menschen und Autoreifen nicht begreifen. Ihm ist es suspekt, dass auch ich heute an diesem Protest gegen die Republikaner teilnehme. Denn nach seinen Worten bin ich ein "Beobachtungsobjekt" des Verfassungsschutzes. Tatsächlich wird meine Organisation, die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen", seit Jahren im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Weil, so heißt es dort, sie sich nicht von ihren kommunistischen Mitgliedern distanzieren.

Ich habe das KZ überstanden. Ich werde auch die Beobachtung durch den Verfassungsschutz überstehen. Ich bereue es nicht, dass ich damals als Mitglied im kommunistischen Jugendverband so gut ich konnte Widerstand gegen den Faschismus geleistet habe. Und Verfassungsschutz hin oder her, ich werde auch weiterhin, solange ich kann, Widerstand gegen die Neofaschisten leisten.

Unsere Erfahrung von damals heißt: Das müssen wir gemeinsam tun, alle, egal welcher Partei, welcher Konfession und welcher Nationalität. Alle, denen die Menschen wichtiger sind als die Autoreifen, müssen zusammenstehen - gegen Faschismus und Gewalt, gegen Faschismus und Krieg!

Nina Hager

Aus dem Referat der 5.Parteivorstandstagung, 24./25.März 2001

"DKP-Politik in Ostdeutschland"

Abschnitt zu neofaschistischen Entwicklungen

In der Erklärung des DKP-Parteivorstandes zum 3.Oktober 2000 heißt es dazu (den neofaschistischen Entwicklungen, Hg): "Durch... - die Zerschlagung der Betriebe und staatlichen Institutionen, den schrittweisen Abbau in vielen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und Kultur, die ständige Ungewissheit, unter welchen Bedingungen man eventuell noch Arbeit finden könne, die permanente Delegitimierung und Verketzerung des Sozialismus, eine stets höher getriebene "Stasi"-Hysterie usw. - erfolgte eine umfassende Entsolidarisierung jener, die nur gemeinsam ihre Rechte hätten verteidigen können. Auch durch die seit einem Jahrzehnt betriebene Entwertung der Geschichte der DDR, die Diskreditierung des Sozialismus, die Herabsetzung ihrer Berufsabschlüsse wurde und wird den früheren Bürgern im Osten das Gefühl vermittelt, Bürger zweiter Klasse zu sein." In der Erklärung haben wir auf die Folgen der Delegitimierung der DDR, der Diffamierung des Antifaschismus und der desolaten sozialen Lage in Ostdeutschland aufmerksam gemacht: "In einer solchen Situation bieten Neofaschisten und andere rechte Demagogen scheinbar Lösungen für die soziale und politis-che Miesere. Damit haben sie teilweise Erfolg. Wenn sich die Lebensbedingungen radikal verschlechtern, demokratische Grundrechte eingeschränkt werden, Menschen über lange Zeiträume als Bürger zweiter Klasse behandelt werden und der Staat, in dem sie gelebt haben sowie Antifaschisten diffamiert werden, wenn Antikommunismus Staatsdoktrin ist, kommt Rechts zum Zuge. Jene Versuche bürgerlicher Politiker und Medien, jetzt mit Hilfe scheinbar seriöser Studien, neofaschistische Gewalt in Ostdeutschland mit der DDR und dem Sozialismus zu erklären, sind infam. Dahinter steckt: Man will von den tatsächlichen gesellschaftlichen Ursachen für den Neofaschismus ablenken, von der tagtäglichen Brutalität der kapitalistischen Gesellschaft,

von der Ungleichbehandlung und der bis heute andauernden Enteignung dem Menschen im Osten der Bundesrepublik. Man nutzt zugleich die berechtigte Angst vor dem Neofaschismus, um die DDR weiter zu delegitimieren."

Das bedeutet nicht, dass wir verkennen, dass es nationalistische, weitaus begrenzter sogar faschistische Positionen und sogar vereinzelt auch Zusammenschlüsse solcher Kräfte schon in der DDR gegeben hat. Es gab Letztere nur vereinzelt, aber es gab sie. Vor allem in den letzten kritischen Jahren. Ursachen hierfür waren: Einflüsse aus der Bundesrepublik, eine Unterschätzung stabiler familiärer Traditionen, entsprechender Wertvorstellungen und daraus teilweise begründbarer individueller Verhaltensnormen. Ursache war eine Überschätzung der Wirkungen des notwendigen und konsequenten Antifaschismus der DDR auf die Erziehung der Jugend in Schule und Ausbildung, über Kunst und Medien und die ungenügende Berücksichtigung der Tatsache, daß sich Werte und Verhaltensnormen nur festigen, wenn Menschen Entscheidungsprozesse selbst durchleben müssen. Ansonsten können selbst die besten Vorsätze im ungünstigsten Fall in ihr Gegenteil umschlagen. Zu den Ursachen gehören aufbrechende gesellschaftliche Widersprüche in den 80er Jahren und individuelle Reaktionen junger Leute auf diese Widersprüche, die offenbar zu sehr unterschiedlichen Orientierungen und in verschiedene politische Richtungen führten. Dazu wäre noch mehr anzumerken. Wir werden uns aber immer entschieden gegen jene wenden, die behaupten, der heutige Neofaschismus in den neuen Bundesländern wäre ein Resultat der DDR und des angeblich verordneten Antifaschismus!

Als aber die Republikaner, die NPD bzw. die Kühnen-Leute und andere 1989/ 90 in die noch existierende DDR kamen, trafen sie - es fällt sehr schwer dies festzustellen - auf Ihresgleichen - wenn auch nur als kleine Gruppierungen oder Einzelpersonen. Dass dazu nach einiger Zeit auch frühere Angehörige der "bewaffneten Organe" der DDR, Universitätsprofessoren für Marxismus-Leninismus, frühere SED-Mitglieder und FDJ-Funktionäre gehörten, wäre einer gesonderten Betrachtung wert.

Mehr als zehn Jahre später haben wir die schlimme Situation, dass faschistische Parteien und Organisationen in Ostdeutschland ebenso wie in Westdeutschland Fuß gefasst haben. Bewusst haben die Republikaner und die NPD ihre Bundeszentralen in den Ostteil Berlins, nach Pankow bzw. Köpenick verlegt. Auch wenn ihre Wahlergebnisse im Osten (die Ausnahme war die DVU in Sachsen-Anhalt und Brandenburg) selten für Mandate ausreichen, machen Antifaschisten darauf aufmerksam: Die setzen auf Zeit, auf die zunehmenden sozialen Probleme, die sich zuspitzenden Widersprüche in Ostdeutschland.

Auch wenn das große Kapital heute nicht auf eine entsprechende faschistische Herrschaftsvariante setzt: diese "Truppen" wie deren Ideologie sind für den Eventualfall eingeplant!

Vor allem in Ostdeutschland agieren neofaschistische Parteien wie die NPD und einige andere Nazi-Organisationen teilweise, aber sehr bewusst auch mit scheinbar antikapitalistischen Losungen. Absichtlich wird die DDR-Nostalgie beschworen. Michael Nier, Professor für Marxismus-Leninismus und u.a. Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften an der Ingenieurhochschule Mittweida, gründete mit anderen im Mai 1998 den Arbeitskreis "Sozialisten in der NPD".

In der Gründungsresolution hieß es unter anderem:

"Aus der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung bewegt uns der Wunsch nach einer gerechten Gesellschaft, die nach allen Erfahrungen nur eine sozialistische sein kann...Sozialismus ist immer die Aufgabe von Nationen und nur eine nationale Partei kann eine wirklich sozialistische Partei sein. Wir sehen, dass die Parteien, die ‚sozial‘ oder ‚sozialistisch‘ in ihrem Namen führen, mehr und mehr auf die Positionen des internationalen Kapitals einschwenken". Dann wird in diesem Zusammenhang die PDS angegriffen, sie würde mehr und mehr die Interessen ihrer Wähler im Osten verraten und ihre Lebensleistung in der DDR verachten. Nier erklärt: "Unsere Hoffnung richtet sich deshalb in Deutschland auf die NPD...Kampf dem US-Imperialismus! Für einen sozialistischen Volksstaat".

Derartige Erklärungen gab es mehrfach. Da war beispielweise in einem Flugblatt der NPD in Sachsen von der DDR als dem besseren Deutschland die Rede, in anderen Papieren wurde erklärt, die DDR wäre die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung bzw. das bessere Deutschland gewesen. Dies löste hinter den Kulissen einen heftigen Streit aus .

Angelo Lucifero

Sozial und Rechts?

Das Konzept der Ultrarechten ist bei der Bundestagswahl und bei der Landtagswahl in Mecklenburg Vorpommern nicht ganz aufgegangen. Der Erfolg von Sachsen-Anhalt konnte nicht wiederholt werden. In Thüringen konnte die NPD noch nicht einmal kandidieren, weil ihre Kader nicht in der Lage waren, die erforderlichen Unterschriften rechtzeitig beim Wahlleiter abzugeben. Die veröffentlichte Mehrheitsmeinung legt sich derweil zu Ruhe, da das Ansehen Deutschlands noch einmal gerettet werden konnte. Außer Acht wird gelassen, daß die ultrarechten Parteien am 27. September 98 insgesamt mehr als 2,5 Millionen Stimmen auf sich vereinigen konnten. Allein ihre Zersplitterung hat den Einzug in den Bundestag verhindert. Mit Losungen wie "Kriminelle Ausländer raus, und zwar sofort" hat es Gerhard Schröder außerdem geschafft, rechtsextremes Wählerpotential an sich zu binden. Sein Innenminister gibt sich alle Mühe, diese durch seine Ausländerpolitik an der Stange zu halten.

Die soziale Frage wird rechts besetzt

Nicht nur in Thüringen versuchten bereits im Frühjahr 98 Ultrarechte um die NPD und die Kameradschaften die Aktionen der Erwerbslosen gegen die Kohl-Regierung für sich zu vereinnahmen.

Wie groß die Chancen der Ultrarechten sind, die soziale Frage für sich zu besetzen, zeigt unter anderem das Wahlverhalten von Gewerkschaftsmitgliedern. Jahrzehntlang haben sich die meisten aktiven GewerkschafterInnen von der Illusion täuschen lassen, daß Gewerkschaftsmitgliedschaft und rechtsextremes Gedankengut sich gegenseitig ausschließen bzw. rechtsextrem orientierte Gewerkschaftsmitglieder nur eine Ausnahmeerscheinung sind.

Schon in den achtziger Jahren wurde unter anderem in der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit aber auch durch entsprechende Studien in den Achzigern festgestellt, daß die "soziale Frage", also der Kampf um Sozialstaatlichkeit, Arbeits- und Ausbildungsplätze auch von Rechts "besetzt" werden kann. Insbesondere durch die aktuellen Entwicklungen im rechtsextremen Lager wird die soziale Frage zunehmend nationalistisch, rassistisch und antisemitisch besetzt - "nationaler Sozialismus".

Die Infratest dimap-Studie¹⁾ kommt zu folgendem Ergebnis: "Das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in Deutschland umfaßt im Juli/August des Jahres 1998 8 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung. ... Unter Gewerkschaftsmitgliedern umfaßt die Gruppe derer, die sich vorstellen können, eine rechtsradikale Partei zu wählen, sogar 11 Prozent. Mit 7 Prozent sind Wahlberechtigte, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind, deutlich weniger anfällig für die Parolen radikaler Parteien wie der DVU oder den Republikanern. ..." Ginge es nach den jungen Gewerkschaftsmitgliedern, so wären die Rechtsextremen am 27.9. in den Bundestag eingezogen.

Im Auftrag von "einblick" (DGB) befragte die Forschungsgruppe "Wahlen" 25.000 WählerInnen bei der Bundestagswahl 1998. Rund 20% gehörten einer DGB-Gewerkschaft, DAG, Beamtenbund usw. an. Das Ergebnis ist einerseits erfreulich, weil die Gewerkschaftsmitglieder überdurchschnittlich mit für eine "andere Politik" gestimmt haben, gleichzeitig aber 3,9% eine rechtsextreme Partei gewählt haben, während die übrigen WählerInnen "nur" mit 3,3% für Rechts stimmen. Bei den jungen Gewerkschaftsmitgliedern stimmten 13% für Rechts, im Osten sogar 27% (Jugendliche Gesamtdurchschnitt 6% West, 13% Ost).

Die Gewerkschaften, aber insbesondere die Gewerkschaftsjugend hat damit ein gewaltiges Problem zu bewältigen. Mit einer überdurchschnittlich rechtsextrem orientierten Basis wollen wir in den Betrieben und Verwaltungen, aber auch gesellschaftlich, Forderungen durchsetzen, die sich dem Prinzip "gleiche Rechte für alle" verpflichtet fühlen. Auf diese Grundlage haben "nationalen Sozialisten" leichtes Spiel

Am 18./19. April 1998 fand in Gera der dritte Parteitag des NPD-Regionalverbandes Thüringen Ost statt. Die dort getroffenen Entscheidungen machen deutlich, daß die NPD immer stärker ins terroristische nazistische Lager abgleitet und diejenigen Kräfte Oberhand gewinnen, die noch nicht einmal den Anschein einer demokratischen Partei wahren wollen. Die anwesenden Delegierten bekundeten ihre Geschlossenheit, beim kommenden Landesparteitag die Kandidatur von Andreas Schönleben zu unterstützen. Schönleben gilt als ein Verfechter der "offenen Bündnispolitik" und steht für eine integrative und kooperative Haltung gegenüber "freien" Zusammenhängen wie dem Thüringer Heimatschutz. Roswita Schulmann aus Gera hat im Frühjahr 1999 Frank Golkowski abgelöst. Dies ist das Ergebnis langer Grabenkämpfe hinter denen die AGnS steckt. Schönleben vertritt mit über 100 Mitgliedern den stärksten Regionalverband Thüringens. Der Organisationsleiter Jörg Krautheim kündigte außerdem an, den Ausbau der AG nationaler Sozialisten (AGnS) in Thüringen weiter zu forcieren.

Seit März 1997 hat sich die Zahl der NPD-Mitglieder fast verdreifacht. Die "Neuen" kommen in der Regel aus dem Spektrum der Nationalen e.V., Kameradschaften, Thüringer Heimatschutz und anderen dem militanten Neonazismus zuzurechnenden Gruppen. Ostalgie und soziale Frage als Propagandatriebkräfte der NPD - Trendwende: Nationale Sozialisten am Hebel²⁾

Für die Bundestagswahl trat die NPD mit Thüringer Leuten an. Spitzenkandidatin wurde Roswitha Schumann aus Gera (Mitglied des Parteivorstandes (1998)) . Und in der Tat hatten die Neuzugänge mit DDR-Vergangenheit, wie

Manfred Rempt in Ilmenau, eher gezeigt, daß sie die Zeichen der Zeit verstanden hatten und zur Propaganda zu nutzen wissen. Die Einigungseuphorie der Wendejahre ist schon längst verfliegen. Die versprochenen blühenden Landschaften haben sich als verwehrte Hinterhöfe erwiesen. Je länger die versprochene Wende am Arbeitsmarkt ausbleibt, desto geringer wird das Vertrauen in die Fähigkeit und den Willen der etablierten Parteien, sich des brennenden Problems tatsächlich effektiv anzunehmen.

Gerade in einer Zeit der Großen Koalition verschwimmen dann vorhandene Unterschiede, werden die Parlamentsparteien unterschiedslos zu "denen da oben". Dies ist stets die Stunde der Demagogen, derjenigen, die einfache Lösungen anbieten. Daß diese auch zugkräftig sind, wenn die beschriebene Problemlage gar nicht besteht, zeigt das Wahlergebnis der Phantompartei DVU Gerhard Freys in Sachsen-Anhalt. Rassistische Hetze in Verbindung mit dem Slogan "Arbeitsplätze für Deutsche" erwies sich als erfolgreich, obwohl die offerierte Lösung - Ausländer raus und Deutsche auf deren Arbeitsplätze - selbst bei umfassender Durchführung gerade in Sachsen-Anhalt keine Besserung erbringen könnte. In Thüringen sieht es nicht anders aus. Den offiziell zugegebenen 24% Arbeitslosen dort steht eine Wohnbevölkerung von wenig mehr als einem Prozent an Menschen ohne deutschen Paß gegenüber. Von denen außerdem ein großer Teil gar nicht arbeiten darf (z.B. Asylsuchende) oder kann (weil sie zu jung oder zu alt sind). Knapp 13% der Wählerinnen und Wähler im Nachbar-Bundesland war dies einerlei. Dabei konnte der Multimillionär Gerhard Frey als Unternehmer noch nicht einmal antikapitalistische Demagogie für sich nutzen.

Seine Konkurrenz aber, z.B. die NPD, tut dies. "Arbeitsplätze für Millionen statt Profit für Millionäre" schreit es von Aufklebern, die ein "Nationaler Widerstand" verbreitet. Auch der NPD-Funktionär Manfred Rempt, Ilmenau, hat die Brauchbarkeit solcher Parolen erkannt. Er wird sich die Worte seines alten Vorsitzenden Schönhuber zu Herzen genommen haben: "Ich werde jene Partei wählen, die einen maßvollen Patriotismus mit radikalen sozialen Reformen verbindet. In diesem Zusammenhang muß gefordert werden, daß die Prüfung von Sozialmodellen aus NS-Deutschland oder dem faschistischen Italien hinsichtlich partieller Verwendbarkeit zu Überwindung der Arbeitslosigkeit nicht mehr tabuisiert oder gar strafrechtlich verfolgt wird." (Deutsche Wochenzeitung, Februar 98) Als "Sozialpatriotismus" bezeichnet Schönhuber diese Linie. Rempt versucht, dieser Marschrichtung auf lokaler Ebene zu folgen. Als im Februar erstmalig in der gesamten Bundesrepublik Arbeitslose in einer konzertierten Aktion ihren Protest sichtbar auf die Straße trugen, versuchte Rempt die örtliche Initiative zu infiltrieren. Neben dem bekannten und berüchtigten Slogan "Arbeit zuerst für Deutsche" wurde unter schwarz-weiß-roten Fahnen auch verkündet: "Sozialismus ist machbar!"

Die Schuldzuweisungen für die Misere im Osten auf den verteilten Flugblättern war eindeutig: "Die Herren in den Chefetagen, die Milliardenbeträge mühelos durch Spekulationen in ihre Taschen umleiten" und "aus Gründen der Profitmaximierung Arbeitsplätze abbauen oder ins Ausland verlegen". Gefordert wurden die Beteiligung der Arbeiter am Betriebskapital, ein Verbot der Spekulation und die Einbeziehung von Spekulationsgewinnen sowie als Höhepunkt die Auflösung der Großkonzerne. Daneben soll der Inlandsmarkt durch protektionistische Maßnahmen gestützt werden.

Die durch die "soziale Marktwirtschaft" verursachten Enttäuschungen sind so stark, daß eine relevante Zahl von Menschen die Vorzüge des "realexistierenden Sozialismus" wieder entdeckt. Die NPD verfolgt nun die Argumentationsvariante, der DDR-Sozialismus sei gescheitert, weil er internationalistisch ausgerichtet gewesen sei. Sozialismus an sich sei gut, aber er müsse national sein.

Diese Schlußfolgerung findet auch den Beifall des NS-orientierten Spektrums aus den inzwischen verbotenen militanten Gruppierungen. So äußerte der Berliner Neonazi Oliver Schweigert im Interview mit der zum Presseverbund der extremen Rechten zählenden "Berlin-Brandenburger Zeitung": "Jede Verbindung des nationalen und sozialistischen Widerstandes zu einer einheitlichen Form ist eine Provokation für die Herrschenden in Bonn. Unsere Aufgabe ist das Nennen der heute nicht nur in Deutschland, sondern europaweit bestehenden und durch die Herrschenden hervorgerufenen Probleme. Dem herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem muß eine sozialistische Alternative gegenübergestellt und auf den inneren Verfall unseres Volkes müssen nationale Antworten gefunden werden."

Dieser offen neonazistische Teil der extremen Rechten ist gegenwärtig dabei, eine "Arbeitsgemeinschaft Nationaler Sozialisten in und an der NPD" zu formieren. In der "Sachsen-Stimme" des dortigen NPD-Landesverbandes steigert dies die Leipzigerin Ursula Mann, früher beim Aufbruch '94 aktiv, noch durch die deutliche Übernahme von alter DDR-Terminologie und linkssektierischem Jargon. In Bezug auf die Währungsreform 1948 schreibt sie: "Wichtigstes Ziel dieses Vorhabens war der Erhalt des monopolkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln. Adenauer und Erhard, die bekanntesten Vertreter des Monopolkapitals, wirkten mit massiver Unterstützung der Besatzungsmächte am Erhalt der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Westdeutschland und besiegelten damit die ökonomische und politische Spaltung Deutschlands." (Sachsen-Stimme 1-2/98, S.1)

Die DDR schneidet im Urteil der NPD-Funktionärin deutlich besser ab: "Die DDR war der zeitweilig von vielen getragene Versuch, Lehren aus der deutschen Geschichte zu ziehen und eine Gesellschaft des Wohlstandes für alle aufzubauen. (...) Nach dem heutigen Vergleich BRD/DDR herrscht die Meinung bei den Mitteldeutschen vor, daß die DDR das kleinere Übel gewesen sei!" (ebd., S.2)

Durchaus zutreffend bringt sie die Stimmungslage und die Erfahrungen weiter Bevölkerungsteile in den neuen Bundesländern zum Ausdruck: "Die den Unternehmerverbänden hörigen Sozialpolitiker haben ein Drittel der Bevölkerung schon als überflüssige Population und sozialen Ballast abgeschrieben!" (ebd., S.3)

Man müsse dafür sorgen, daß die Arbeiter zu den Kundgebungen der NPD kommen, gab Vorsitzender Udo Voigt die Marschrichtung vor. Auch deshalb wurde in der Parteiführung die Demonstration gerade am 1. Mai und besonders in den neuen Bundesländern als nahezu unverzichtbarer Bestandteil der Werbekampagne angesehen.

Leipzig als die Stadt mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Sachsen ist dafür genau der richtige Ort. Folgerichtig war auch eine der Forumsveranstaltungen beim Wahlkongreß der NPD am 7. Februar 98 in Passau der Wirtschaftspolitik gewidmet. Neben dem bayerischen NPD-Funktionär Lennart und dem NS-orientierten Österreicher Herbert Schweiger, einem alten SS-Mann, war dafür mit Albert Lämmel auch jemand gewonnen worden, der die "Abschaffung der Zinsknechtschaft" in einer Spielart der Wirtschaftslehre Silvio Gesells verfißt. Besonders wichtig für den neuen programmatischen Kurs dürfte jedoch die Mitwirkung von Reinhold Oberlercher gewesen sein. Der selbsternannte "Nationalmarxist" und angebliche ehemalige SDS-Theoretiker dürfte die Verknüpfung von pseudosozialistischer Terminologie mit einem radikalen Nationalismus wohl bisher am weitesten getrieben haben. Bei ihrem Kurs einer Synthese eines antimaterialistischen Sozialismus mit dem Nationalismus schreckt die NPD offenbar auch vor ungewöhnlichen Bündnispartnern nicht zurück. So bestehen Verbindungen zur bedeutungslosen Partei der Arbeit Deutschlands mit Sitz im thüringischen Nordhausen, einer 1996 gegründeten Kleingruppe, die sich als "Bündnis von Nationalkommunisten und nationalen Revolutionären" bezeichnet. Sie sieht sich "im Geist von Straßer, Niekisch und Anton Ackermann" und propagiert einen "deutschen Sozialismus". Rechter Konsens ...

Es sind weniger die "intelligenten Strategien" der Ultrarechten, die ihnen den Erfolg bringen, sondern die Politik der Mitte.

Die mit Sicherheit falscheste Konsequenz ist der Versuch, diese Parteien rechts überholen zu wollen, was speziell die CSU versucht hat oder die sich abzeichnende Ausländerpolitik der Schröder-Regierung nachzuahmen trachtet, die die restriktive Linie von Kanther und Co. fortsetzt.

Dieses Experiment, ein Feuer dadurch zu löschen, indem man einen weiteren Brand legt, ist schon wiederholt schiefgegangen. Gewählt wurde dann in der Regel das Original und nicht die Kopie. Auch den Versuchen des Thüringischen Innenministers, sich durch die Aushöhlung des Demonstrationsrechts sowie die Kriminalisierung von Antifas, AtomkraftgegnerInnen und Flüchtlingsgruppen zu profilieren, dürfte nicht mehr Erfolg beschieden sein. Diese Form des Politikwechsels erfreut die NPD und ihre Anhängerschaft sowie die anderen Ultrarechten. Noch hat es ihnen nicht den Einzug in den Bundestag erbracht.

... und die Gewerkschaften

Die DGB-Gewerkschaften, in denen knapp 600.000 (Stand 1996) nichtdeutsche Mitglieder organisiert sind und die vielerorts antifaschistische und antirassistische Aktivitäten unterstützen, begreifen erst langsam, daß sie Teil des Problems sind. Sie selbst haben mitgewirkt, die soziale Frage national zu definieren. Das Interesse aller inländischen Beschäftigten (also auch denen ohne deutschen Paß) ist die gewerkschaftliche Standortlogik: aber die Forderung "Arbeit für Deutsche" ist nur eine konsequente Fortsetzung der Forderung "Arbeit für Deutschland".

Wo legitimiert wird, daß Rechte teilbar sind, ist auch vorprogrammiert, daß die Kriterien des Ein- und Ausschlusses zur Sicherung der "eigenen" Interessen weiter verschoben werden. Tatsächlich sind auch in vielen Betrieben - früher Hort der Solidarität von AusländerInnen und Deutschen - die Konflikte nicht mehr zu kaschieren, seitdem Massenentlassungen und industrieller Strukturwandel zu allererst auf dem Rücken der ausländischen KollegInnen ausgetragen werden. Die Folge der Anteil gewerkschaftlich organisierter Nichtdeutschen nimmt rapide ab.

In der Ausgabe 6/7 1998 der Gewerkschaftlichen Monatshefte konnten Autoren, die in rechtsextremen Zeitungen schreiben und entsprechenden Organisationen nahestehen, veröffentlichen. Auf Anfrage, was Wilhelm Hankel³) und Hermann Lübke⁴) in einer gewerkschaftlichen Publikation zu suchen haben, zog sich die Redaktion lapidar auf die Begründung zurück, daß es anerkannte Wissenschaftler seien! Dies ist sicherlich kein Zeichen dafür, daß nun der DGB-Bundesvorstand rechte Positionen zu übernehmen bereit ist, es ist aber Ausdruck für die fehlende politische Sensibilität in dieser Frage. Nur wenn AntifaschistInnen und Linke sich darauf besinnen die soziale Frage internationalistisch zu besetzen und dies sich auch in der Politik der Gewerkschaften niederschlägt, werden die hohlen

Phrasen der Ultrarechten wirkungslos bleiben. Da muß aber schon mehr passieren als Demonstrationen gegen Nazizentren u.ä., das bedarf einer inhaltlichen Auseinandersetzung und der Einmischung in die banale Tagespolitik.

Norbert Madloch

"Unsere Vor- und Leitbilder sind Gregor und Otto Strasser"

"Sie haben völlig recht", entgegnete vor einigen Jahren ein schulbekannter Neonazi in einer Schule im Berlin-Prenzlauer Berg seiner Lehrerin. "Hitler war ein großer Verbrecher. Er hat den Nationalsozialismus an das Kapital verraten. Unsere Leit- und Vorbilder sind nicht Hitler, Himmler, Goebbels und andere Größen des 'Dritten Reiches', sondern Gregor und Otto Strasser." Die Lehrerin war zunächst in zweierlei Hinsicht sprachlos. Zum einen hatte sie während ihrer Ausbildung in der DDR nie etwas über die Faschisten Gregor Strasser (1892-1934) und Otto Strasser (1897-1974) gehört und zum anderen verblüffte sie die völlig unerwartete Ideologie heutiger neonazistischer Gruppierungen in der BRD. Diese Berliner Lehrerin stellt keine Ausnahme dar. Bis in die Gegenwart hinein ist den meisten Menschen in den alten und neuen Bundesländern die geistige und programmatische Metamorphose beachtlicher Teile des bundesdeutschen Neonazismus kaum bekannt. Nach dem Scheitern aller Pläne von Otto Strasser, Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre sein in der Weimarer Republik und danach entwickeltes faschistisches Politikkonzept nahtlos auf die BRD zu übertragen, war der Strasserismus bis auf die heute noch in Nordrhein-Westfalen agierende Unabhängige Arbeiterpartei (UAP) weitgehend in der politischen Versenkung verschwunden. Ein zaghafter Wandel machte sich erst wieder in den 70er Jahren bemerkbar, als Neue Rechte in der Bundesrepublik analog ihrer französischen Gesinnungsfreunde nach neuen Ideen suchten, um die politische wie geistige Isolierung der Rechtsextremen zu überwinden. Während man in der französischen Nouvelle Droite insbesondere Vorstellungen von Antonio Gramsci von der Eroberung der kulturellen Hegemonie vor einer politischen Machtübernahme aufgriff, suchte der sogenannte nationalrevolutionäre Flügel der westdeutschen Neuen Rechten Anknüpfungspunkte beim angeblich linken Flügel der NSDAP, der besonders von den Gebrüder Strasser repräsentiert wurde. (siehe Kurt Gossweiler: Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus, Berlin 1994, S. 9 ff)

Diese rechtsextremen sogenannten Nationalrevolutionäre, die sich vom Hitlerismus und dem NS-System, aber nicht von der Idee eines "nationalen Sozialismus" distanzieren, gruppieren sich in den 80er Jahren vor allem um die Zeitschriften "wir selbst" (Koblenz), "Europa Vorn" (Köln) und um die "Deutsch-Europäische Studiengesellschaft" (Hamburg). Von den Ideologen dieser Kräfte, die sich als "progressive Nationalisten" verstanden, wurden eine Reihe neuer Begriffe entwickelt, um den Rechtsextremismus besser in der Öffentlichkeit anbringen zu können. So sprach man anstatt von Rassismus jetzt vom Ethnopluralismus, statt Biologismus nur noch von einem Biohumanismus. Nach wie vor blieb aber auch bei ihnen die Überwindung der demokratischen Republik und die Errichtung eines Neuen Deutschen Reiches das Ziel, in dem die Grundwerte der Aufklärung, vor allem das Prinzip der Gleichheit aller Menschen, überwunden und durch eine ethnisch homogene und hierarchische Volksgemeinschaft ersetzt werden sollte.

Die Rezeption der Strasser-Vorstellungen in der BRD vollzog sich über verschiedene Phasen, die nicht widerspruchlos abliefen. (siehe Norbert Madloch: Zur Rezeption der Strasser-Ideologie im deutschen Neonazismus, in: Kurt Gossweiler: Die Strasser-Legende, a.a.O., S. 128 ff.) Bis in die 80er Jahre hinein waren die neuen Strasser-Anhänger in intellektuellen Zirkeln relativ isoliert und politisch wirkungslos. Das änderte sich in dem Maße, wie Michael Kühnen, von den 70er bis Anfang der 90er Jahre wichtigster Repräsentant des bundesrepublikanischen Neonazismus, sich über Positionen der faschistischen Sturmabteilung (SA) dem Strasser-Konzept näherte. Bis zu Beginn der 90er Jahre dominierten dann Strasser-Ideen in fast allen nennenswerten neonazistischen Gruppen der BRD. Zu nennen sind hier insbesondere die inzwischen verbotenen Gruppierungen Nationalistische Front (NF) einschließlich ihrer diversen Nachfolgegruppen, die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) und die Deutsche Alternative (DA).

Dass die Strasser-Ideen gerade in Ostdeutschland einen beachtlichen Widerhall fanden und finden hängt mit einer diffusen Nachwirkung des "Sozialismus" in der DDR, der Ambivalenz zu den angeblich antikapitalistischen Vorstellungen der Gebrüder Strasser und der neonazistischen Parole zusammen, daß der Sozialismus an sich eine gute Idee wäre, nur müsse dieser nicht internationalistisch, sondern nationalistisch ausgerichtet sein.

Die Durchsetzung des Strasserismus in den meisten neonazistischen Vereinigungen vollzog sich nicht konfliktfrei. So stuzte 1992 der damalige DA-Bundsvorsitzende Frank Hübner den verantwortlichen Redakteur der DA-Zeitung "Brandenburger Beobachter", Frank Mencke, ohne viel Federlesens ab, weil dieser in einem Artikel Hitler als Wähler der Menschenrechte und den SS-Obergruppenführer und Organisator des Holocaust, Reinhard Heidrich, als

Vorbild für die jungen Neonazis hingestellt hatte. In der Begründung seines Handelns erklärte Hübner, dass solche Auffassungen nicht den Positionen der DA entsprächen.

Ein anderes typisches Beispiel waren die Auseinandersetzungen über diese Problematik in der neonazistischen NPD und ihrer Jugendorganisation, den Jungen Nationaldemokraten (JN), die im Sommer 1996 zur Absetzung fast der gesamten Redaktion der JN-Zeitschrift "Der Aktivist - Nationalistisches Infoblatt" führte. Erst in dem Umfang, wie sich der 1995 neugewählte NPD-Vorsitzende Udo Voigt gegen den Flügel des abgesetzten vorherigen Vorsitzenden Günter Deckert durchsetzte, veränderte sich auch der politische und ideologische Kurs der NPD in Richtung auf die Strasser-Linie. Der von Deckert favorisierte geschichtliche Revisionismus (vor allem die Auschwitz-Lüge) wurde zugunsten der sozialen Gegenwartsprobleme in den Hintergrund gerückt. Wie im Strasserismus wird jetzt auch in der NPD eine hemmungslose nationalistische und rassistische Revolutions- und Sozialismus-Phraseologie betrieben, die durch den Übertritt von Funktionären der Ende 1997 aufgelösten Gruppierung Die Nationalen (NAT) noch verstärkt wurde. Bereits im Mai 1996 fand der 26. Ordentliche Bundeskongreß der JN in Leipzig unter der heute bundesweit vorgetragenen Losung "Gegen System und Kapital - unser Kampf ist national!" statt. In Distanzierung von bisherigen Praktiken beteiligte sich auch die NPD im August 1997 nicht mehr offiziell an den Gedenkveranstaltungen für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess. Dazu argumentierte die Spitze der NPD, so etwas sei nicht mehr zeitgemäß und würde von der Masse der Bevölkerung nicht verstanden.

Testfeld Osten

Hauptexperimentierfeld für die Durchsetzung des neuen NPD-Kurses ist der Freistaat Sachsen. Hier haben NDP und JN seit 1997 ihre politische Isolierung durchbrochen und übertreffen mit jetzt ca. 1.300 hauptsächlich aktiven jungen Mitgliedern die Mitgliederzahlen der Landesverbände der Bündnisgrünen und der FDP in Sachsen. Nach Meinung von Experten ist nicht ausgeschlossen, dass Abgeordnete der NPD 1999 in den neuen Sächsischen Landtag einziehen. Ähnlich wie in Sachsen agieren NPD und JN auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Bei den neonazistischen Mitgliedern und Anhängern der NPD steht nach wie vor die rassistische Hetze gegen Ausländer und eine massive soziale Demagogie im Zusammenhang mit der Massenarbeitslosigkeit und der Lehrstellenmisere im Vordergrund der Tagesagitiation. Das verdeutlicht aber noch nicht genügend die veränderte, angeblich antiimperalistische Politik der NPD. Das wird deutlicher, sieht man sich die weitergehenden Positionen der NPD an. So heißt es im aktualisierten Parteiprogramm: "Die NPD lehnt die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab. ... Auf der ganzen Welt erteilt der Aufbruch der Völker dem multikulturellen Einheitswahn eine Absage. Grundlage einer europäischen Neuordnung muß das Bekenntnis zum nationalstaatlichen Ordnungsprinzip ... zum Prinzip der Volksabstammung sein. ... Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzanerkennungsverträge." Noch deutlicher wird die der NPD nahestehende Zeitung, in der "der Kampf für eine nationale, antikapitalistische Wirtschaftsordnung", eine "Basisdemokratie gegen Bonzenhierarchie" gefordert wird. (Mitteldeutsche Rundschau, August 1997.)

Das alles wird in den neuen Bundesländern mit einer rechtsextremen Vereinnahmung der DDR und einer Anbiederung an einstige DDR-Funktionsträger verbunden. In einem im Sommer 1998 in Sachsen verbreiteten NPD-Flugblatt wird dazu erklärt: "Wir Mitglieder der NPD stehen zur ganzen deutschen Geschichte und auch zur Geschichte der DDR. Die Mehrheit unserer Mitglieder ist im 8. Jahr des Beitritts der DDR zur BRD der Meinung, dass die DDR das bessere Deutschland war. Wir wollen deshalb die positiven Erfahrungen der DDR in unsere Politik einbringen." (DESG-inform, Hamburg 1998, Nr. 6, S. 3.) Aber selbst das reicht der NPD noch nicht. Um an ehemalige Kader der SED heranzukommen, wird in dem zitierten Flugblatt entgegen der geschichtlichen Wahrheit weiter verkündet, daß die NPD "in der Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung" steht. Ideologisch ist man in diesem Zusammenhang bereit, den bisherigen extremen Antikommunismus zugunsten eines ausgeprägteren Antiamerikanismus zurückzunehmen. All das soll dem Ziel der Schaffung einer "Volksfront von rechts" - oder wie es in dem Sachsenflugblatt formuliert wird - der Installierung einer "neuen Nationalen Front des demokratischen Deutschlands" dienen. (Ebenda)

Genauere Analysen

Diese geschicktere pseudopatriotische und systemkritische Demagogie wesentlicher Teile des heutigen bundesrepublikanischen Neonazismus findet nicht nur unter Teilen der Jugend, sondern auch bei älteren Bürgern in den neuen Bundesländern Widerhall. So bekannte der Sprecher der Bündnisgrünen in Mecklenburg-Vorpommern, Klaus-Dieter Feige: "Ich bin immer wieder erschüttert, wenn ich mich mit Rechtsextremen unterhalte, in wie vielen Punkten wir in der Kritik am existierenden Kapitalismus übereinstimmen." ("Rechtsextremismus kein Thema für Grüne?" - Interview mit Klaus-Dieter Feige, in: Neues Deutschland (B), 9.9.1998) Zum Schluss sei hier noch darauf verwiesen, dass sich in Gestalt der Europäischen Synergien, einer Absonderung von den europäischen Neuen Rechten, eine neue internationale Struktur herausbildet, die sich verstärkt mit der Thematik des sogenannten Nationalkommunismus befasst und deren Verbindungen bis zu hohen russischen Militärs in Moskau reichen.

Ohne jetzt hier noch weitere Thesen und Praktiken der Strasser-Erben zu erörtern, verdeutlicht schon diese kurze Abhandlung, daß viele linke Analysen des heutigen Rechtsextremismus noch zu sehr in überholten Vorstellungen befangen sind und auch viele Argumente des heutigen Antifaschismus nicht die neuen Entwicklungen reflektieren und daher kaum Wirkung zeigen. Anliegen aller Linken sollte es sein, in ihren Analysen genauer die rechtsextremistische Gegenwart zu untersuchen, um daraus effektivere Argumente und politische Aktivitäten zur Zurückdrängung des zur Zeit immer noch wachsenden Einflusses des Rechtsextremismus in allen seinen Varianten zu entwickeln.

September 1998

Reinhard Kühnl:

Die Ideologie des Faschismus

(aus: R. Kühnl, *Formen bürgerlicher Herrschaft, Liberalismus - Faschismus, 1971*)

Ideologie und Propaganda des Faschismus entsprachen sowohl der Mentalität der Anhängerschaft als auch den Bedürfnissen der herrschenden Klasse. Die faschistische Ideologie mußte einerseits die Unzufriedenheit der Massen mit den bestehenden Zuständen ausdrücken, durfte aber andererseits die imperialistische Gesellschaftsordnung nicht gefährden. Nur so war es möglich, diese Unzufriedenheit aufzufangen und in Kanäle zu lenken, die für das bestehende System nicht nur ungefährlich, sondern vielleicht noch nützlich waren. Eine solche Politik war natürlich nur dann möglich, wenn die Massen durch ihre soziale Lage und ihre geistige und politische Tradition bereits entsprechend präformiert waren.

Sechs Grundmotive können unterschieden werden, von denen jedes eine klar umschriebene Funktion hat, die aber erst in ihrem Zusammenspiel die Eigentümlichkeit und die Wirksamkeit der faschistischen Ideologie ausmachen. Die Gemeinschaftsideologie, zu der auch der Nationalismus zählt; die Ideologie von der Autorität, die im Führerprinzip mündet; die Eigentumsideologie, die in einem militanten Antikommunismus gipfelt; gewisse antikapitalistische Akzente, die sich gegen das große Kapital richten, durch die Verbindung mit den übrigen Elementen, besonders mit der Eigentumsideologie jedoch politisch entschärft werden; die Sündenbockphilosophie, die eine einleuchtende Erklärung für alle Übel dieser Welt liefert und zugleich den Massen Objekte bietet, an denen sie ihre Aggressionen gefahrlos entladen können; und schließlich der Militarismus, der die Massen ideologisch auf den Krieg vorbereitet.

a) Gemeinschaft

Die Ideologie von der Gemeinschaft hat in einer Klassengesellschaft immer die Funktion, die sozialen Gegensätze zu verschleiern, die Interessen der Herrschenden für die Interessen der Gesamtheit auszugeben und damit den gesellschaftlichen Status quo abzusichern. Sie ist deshalb Bestandteil aller rechten, auf die Bewahrung gegebener Herrschaftsverhältnisse abzielender Gedankensysteme. Vom Faschismus wird sie lediglich zu ihren letzten radikalen Konsequenz geführt. Wenn nämlich das Volk wirklich eine große Lebens- und Schicksalsgemeinschaft, wenn der Betrieb wirklich eine echte Arbeitsgemeinschaft von Unternehmern und Lohnarbeitern darstellt, dann müssen alle bedingungslos zusammenstehen; dann ist jede Kritik und jede Opposition destruktiv, volksfeindlich und somit kriminell.

Die entscheidende Frage ist natürlich, wer denn darüber befindet, was Gemeinwohl jeweils konkret bedeutet. Die bürgerliche Demokratie läßt darüber immerhin eine öffentliche Auseinandersetzung zu, die es auch den unteren Klassen in einem begrenzten Umfange ermöglicht, ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Wird diese Auseinandersetzung jedoch unterdrückt, wird Opposition als zersetzend denunziert und die Klassenstruktur der Gesellschaft zugleich aufrechterhalten, so können die Herrschenden ihre eigenen Interessen als Gemeinwohl ausgeben und ohne jede Einschränkung durchsetzen.

Dass die Massen einer solchen Ideologie folgten, die offensichtlich ihren elementarsten Interessen widersprach, mag auf den ersten Blick verwunderlich erscheinen. Es ist aber zu bedenken, daß die Herrschenden über wirksame politische und geistige Machtmittel verfügen, um da" Volk an der Einsicht in seine eigenen Interessen zu hindern und in ihrem Sinne zu beeinflussen. Nur durch starke und zielbewußte Organisationen der unteren Klassen kann diese Art der "öffentlichen Meinung" modifiziert werden. Hinzu kommt, daß Nationalismus und Volksgemeinschaftsideologie gewissermaßen natürlichen Bedürfnissen entgegenkommen. Der Wunsch, in einer solidarischen Gemeinschaft sicher aufgehoben zu sein, ist gerade angesichts der allgemeinen Unsicherheit leicht verständlich, und die Neigung, sich mit der Macht und dem Erfolg der eigenen Nation zu identifizieren, tritt gerade bei denen auf, die im gesellschaftlichen Leben keine einflußreichen Positionen und keine Erfolgserlebnisse haben.

Die Arbeiterschaft konnte - soweit sie über starke, klassenbewußte Organisationen verfügt - solchen Ideologien noch relativ wirksam Widerstand leisten. Die bürgerlichen Mittelschichten jedoch, deren Geltungsanspruch in der sozialen Wirklichkeit nicht mehr befriedigt werden konnte, verfielen ihnen um so leichter. Da sie ihren sozialen Interessen nach in eine Vielzahl von Gruppen zersplittert waren - der Angestellte, der Bauer, der kleine Ladenbesitzer und der Rechtsanwalt haben nichts gemein als das Bewußtsein "Mittelstand" zu sein -, also weder als einzelne noch als organisierte Kraft in den gesellschaftlichen Konflikten zum Zuge kommen konnten, bot ihnen der Nationalismus einen ideologischen Ausweg: Es gebe keine Klassen und Klassenkonflikte, sondern eine große Schicksalsgemeinschaft, in der alle sicher geborgen seien.

Es darf aber nicht verkannt werden, daß die Parolen von Volksgemeinschaft und nationaler Solidarität nicht nur enttäuschte und autoritär vorgeformte Gruppen ansprechen. Die Forderung nach einer wirklichen Gemeinschaft und nach Aufhebung der Klassengegensätze artikuliert vielmehr genuin demokratische und humane Bedürfnisse. Die Idee von einer Gesellschaft, in der der Mensch nicht mehr des Menschen Wolf ist, in der Ausbeutung, Unterdrückung und soziale Unsicherheit aufgehoben sind und alle am Wohl des Ganzen arbeiten, ist ein Kerngedanke aller großen Sozialutopien und hat auch die sozialistische Bewegung wesentlich mitgeformt. Nur so ist die Begeisterung begreiflich, die diese Parolen geweckt haben. Der Faschismus hat sich diese zunutze gemacht, hat aber die genuin demokratischen Ideen ins Gegenteil verkehrt: Volksgemeinschaft wird als bereits bestehend, mit der Existenz des Volkes von Natur aus gegeben dargestellt, so daß die bestehende Herrschaft als gerechtfertigt erscheint und eben diejenigen, die die Klassenherrschaft überwinden und die wirkliche Volksgemeinschaft damit erst herstellen wollen, als Unruhestifter und Volksfeinde diffamiert werden können.

Ihre aggressivste Zuspitzung erfuhr diese Ideologie im Rassismus. Die Lehre, dass die eigene Rasse nicht nur andersartig, sondern auch höherwertig sei als die übrigen Rassen, bot der Demagogie enorme Chancen. Auf diese Weise konnte auch dem Niedrigsten das Hochgefühl vermittelt werden, er gehöre zu den Auserwählten. Das Zusammengehörigkeitsgefühl des eigenen Volkes konnte damit gesteigert, die Unzufriedenheit der Machtlosen sowohl ideologisch kompensiert als auch in eine Richtung geleitet werden, die für die Herrschenden ungefährlich war, nämlich gegen den äußeren Feind.

Glaubwürdig war eine solche Ideologie von der Überlegenheit der eigenen Rasse freilich nur dann, wenn sie sich auch in der Praxis beweisen konnte. Der Rassismus ist deshalb mindestens langfristig genötigt, eine expansive Politik zu treiben und andere Völker auch faktisch zu unterwerfen (falls es nicht rassische Minderheiten im eigenen Land gibt wie in den USA). Hier kann er an den Sozialdarwinismus anknüpfen, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus dem kapitalistischen Konkurrenzprinzip herausgewachsen war: Der Stärkere setzt sich durch - und indem er sich durchsetzt, beweist er sein höheres Recht.

Neben der ideologischen Befriedigung, die die Überzeugung von der Überlegenheit der eigenen Nation oder Rasse verschafft, darf der materielle Aspekt nicht übersehen werden: Die Unterwerfung anderer Völker bot auch den unteren Klassen die Aussicht, von deren Ausbeutung zu profitieren. In den bürgerlichen Mittelschichten hat diese Hoffnung eine wichtige Rolle gespielt; nur so wird ihre Begeisterung für die Kolonialpolitik der europäischen Mächte voll begreiflich. Aber auch in der Arbeiterbewegung gab es Stimmen, die die koloniale Ausbeutung mit dem Argument rechtfertigten, sie komme doch dem ganzen Volk zugute und liege also auch im Interesse der Arbeiterklasse. Der Boden für die faschistische Ideologie war also in mancher Hinsicht wohl bereitet.

b) Führerprinzip

Die Ideologie von Führertum und starkem Staat schließt an die Ideologie von Gemeinschaft und Nation unmittelbar an. Wenn das Gemeinwohl von der politischen Führung repräsentiert würde, so kam es offenbar darauf an, diese Führung so stark wie möglich zu machen und von allen potentiellen Störfaktoren frei zu halten. Um das zu gewährleisten, genügte es nicht, in der politischen Willensbildung auf höchster Ebene Kritik und Opposition auszuschalten. Vielmehr war es erforderlich, die gesamte Gesellschaft nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam zu gestalten und in allen gesellschaftlichen Bereichen die Autorität zu stärken. Diese Stärkung betraf für die Familie die väterliche Autorität, für das Erziehungswesen die Autorität der Lehrer, für die Verwaltung die Autorität der Vorgesetzten und für die Wirtschaft die Autorität der Unternehmer. Leitbild dieser Gesellschaftsorganisation ist das Militär mit seiner straffen Ober- und Unterordnung. Hitler versäumte nicht, die Unternehmer auf die Konsequenzen des kapitalistischen Prinzips von Leistung und Auslese für die Gestaltung des Staates hinzuweisen: "Sie haben die Auffassung, meine Herren, daß die deutsche Wirtschaft aufgebaut sein müsse auf dem Gedanken des Privateigentums. Nun können Sie einen solchen Gedanken des Privateigentums praktisch nur dann aufrechterhalten, wenn er irgendwie auch logisch fundiert erscheint. Dieser Gedanke muß seine ethische Begründung aus der Einsicht in die naturgegebene Notwendigkeit ziehen ... Es ist daher nötig, derartige überlieferte Formen, die aufrechterhalten bleiben sollen, so zu begründen, daß sie als unbedingt notwendig, als logisch und richtig angesehen werden können. Und da muß ich sagen: das Privateigentum ist nur dann moralisch und ethisch zu rechtfertigen, wenn ich annehme, daß die Leistun-

gen der Menschen verschieden sind ... Dies zugegeben, ist es jedoch Wahnsinn zu sagen: Auf wirtschaftlichem Gebiet sind unbedingt Wertunterschiede vorhanden, auf politischem Gebiet aber nicht! Es ist ein Widersinn, wirtschaftlich das Leben auf dem Gedanken der Leistung, des Persönlichkeitswertes. damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der größeren Zahl. die Demokratie, an dessen Stelle zu schieben ... Der politischen Demokratie analog ist auf wirtschaftlichem Gebiet aber der Kommunismus." Dagegen habe die NSDAP das Prinzip des neuen Führerstaates schon verwirklicht: "... eine Organisation, erfüllt von eminentestem, nationalern Gefühl, aufgebaut auf dem Gedanken einer absoluten Autorität der Führung auf allen Gebieten, in allen Instanzen - die einzige Partei, die in sich nicht nur den internationalen, sondern auch den demokratischen Gedanken restlos überwunden hat, die in ihrer ganzen Organisation nur Verantwortlichkeit, Befehl und Gehorsam kennt und die damit zum erstenmal in das politische Leben Deutschlands eine Millionenerscheinung eingliedert, die nach dem Leistungsprinzip aufgebaut ist."19 Dem kapitalistischen Industriebetrieb mit seinem Leistungsprinzip und seiner straffen Befehlshierarchie entsprach also nach Hitlers Ansicht im politischen Bereich die Diktatur. Dass er damit sowohl den Interessen als auch der Mentalität der Unternehmer entgegenkam, geht schon aus dem Protokoll hervor, das während Hitlers Rede mehrfach „Beifall“, „lebhaften Beifall“ und am Ende „stürmischen, langanhaltenden Beifall“ verzeichnet.20 Diesem autoritären Gesellschaftsmodell entspricht der quasi-militärische Tugendkodex des Faschismus: Disziplin und Gehorsam, Treue und soldatische Ehre wurden als die höchsten Tugenden gefeiert. Da die Inhalte und Ziele, in deren Dienst solche „Sekundärtugenden“ stehen, weder diskutiert noch rational begründet wurden, war damit die Möglichkeit geschaffen, die faschistische Anhängerschaft für beliebige Zwecke der Führung einzusetzen. Die autoritäre Organisationsstruktur der faschistischen Parteien wie der faschistischen Staaten hatte also auch eine durchaus pragmatische Funktion: Sie schuf der Führung völlige Handlungsfreiheit und schaltete jede Möglichkeit einer Kontrolle von unten von vornherein aus. Der faschistische Anhänger sollte sich berauschen an der Zackigkeit der eigenen Organisation, eine Haltung des bedingungslosen Gehorsams entwickeln und nach dem Zweck des Ganzen nicht fragen. Die pauschale Antwort, das alles diene dem Vaterland und dafür bürgen der Führer, mußte ihm genügen. Die Parole der faschistischen Jugend Italiens lautete: "Glauben, gehorchen, kämpfen."

Dass ein solches autoritäres Gesellschaftsmodell dem Denken der Offiziere entsprach, ist evident. Aber auch für Angestellte und Beamte, die in hierarchische Systeme eingegliedert waren, in denen sich die Willensbildung strikt von oben nach unten vollzog, lag es nahe, ihre Berufserfahrung in dieser Weise politisch umzusetzen. Soweit sie in öffentlichen Dienst beschäftigt waren, entsprang ihre Neigung, beim starken Staat Schutz und Sicherheit zu suchen, ihrem realen Abhängigkeitsverhältnis. Für die Unternehmer bot dieses Modell den Vorzug, wieder "Herr im eigenen Hause" zu werden und die Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerkschaften abschaffen zu können. Die stützungsbedürftigen Teile der Oberklassen - vor allem Großgrundbesitzer und Schwerindustrie - konnten ihre gesellschaftliche Position nur halten, wenn der Staat für Subventionen sorgte. Die verschiedenen mittelständischen Gruppen, die zu schwach und zu zersplittert waren, um ihre Interessen im Klassenkampf durchzusetzen, durften hoffen, ein starker Staat werde sie schützen und ihre "mittelständische" Position gegenüber dem großen Kapital wie gegenüber den Gewerkschaften verteidigen. Den Dauerarbeitslosen schließlich mochte es so scheinen, als könne ihre verzweifelte Lage nur durch den entschlossenen Eingriff einer höheren Gewalt geändert werden. So konnten sich in der Ideologie von Führertum und starkem Staat, von Ruhe und Ordnung eine Reihe von heterogenen Gruppen treffen, deren Interessendivergenzen erst dann klar zum Vorschein kamen, als der faschistische Staat die Macht übernommen und nun praktische Entscheidungen zu treffen hatte. Die Psychoanalyse hat gezeigt, daß autoritäre Mentalität und Begeisterung für das Führerprinzip nicht immer unmittelbar aus konkreten sozialen Interessen herkommen müssen, sondern auch in einem allgemeineren Sinne gesellschaftlich vermittelt sein können: Die Undurchsichtigkeit der kapitalistischen Industriegesellschaft und die Erfahrung der eigenen Machtlosigkeit, des Ausgeliefertseins an anonyme Gewalten produzieren Angst, die nach einem festen Halt sucht. Das Ich kann sich unter diesen Bedingungen nicht zu einer selbstbewußten Instanz entwickeln, sondern sucht seine Rettung in der Unterwerfung unter eine starke Autorität. Das kann sich in der Identifizierung entweder mit einem mächtigen Kollektiv - dem Staat, der Nation, dem Unternehmen - oder mit einer Führerpersönlichkeit äußern: der „autoritär-masochistische Charakter“ projiziert sein Ich-Ideal auf eine Führerfigur, mit der er sich bedingungslos identifiziert. Das Individuum bleibt gewissermaßen in jenem kindlichen Entwicklungsstadium stecken, in dem die väterliche Autorität absolut dominiert. Diese infantile Grundstruktur kommt nicht nur in der Entscheidungsschwäche des Individuums zum Ausdruck, die nach der Autorität verlangt, sondern auch in der Verabsolutierung gewisser Tugenden wie Pünktlichkeit, Sauberkeit und Gehorsam - gerade jener Tugenden also, die im Faschismus eine zentrale Rolle spielen.

Die Autorität ist aber nicht nur die Instanz, die Geborgenheit verheißt, sondern auch die Instanz von Strenge und Versagung, die die Unterdrückung eigener Wünsche verlangt. Schon das Beispiel der väterlichen Autorität macht diese Ambivalenz deutlich. Sie erweckt deshalb nicht nur Vertrauen, sondern auch Hass. Dessen Realisierung würde jedoch zum Konflikt mit dem Mächtigeren führen und unangenehme Folgen zeitigen. In dieser Lage verwandelt der

autoritär-masochistische Charakter die gehasste Autorität in ein verehrungswürdiges Ideal. Der Hass sucht sich andere Wege, die weniger gefährlich sind.

c) Privateigentum

Gerade die Verfügungsgewalt über Privateigentum ist es, die den kleinen Selbständigen vom Lohnabhängigen unterscheidet, die ihm für sein Bewusstsein die wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert und deshalb seinen ganzen Stolz ausmacht. Das Privateigentum musste deshalb in der Ideologie einer kleinbürgerlichen Protestbewegung eine zentrale Stelle einnehmen. Das gilt zwar im Prinzip für alle bürgerlichen Parteien, denn das Privateigentum ist das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft, und es hat seinen guten Grund, dass diejenigen, die über Privateigentum und wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht verfügen, zur "Gesellschaft" im engeren Sinne nicht gezahlt werden. Wie alle anderen bürgerlichen Elemente erhält jedoch auch dieses im Faschismus eine besondere Ausprägung, und zwar aus den folgenden Gründen.

Im Faschismus sammelten sich, wie schon dargelegt, vor allem die deklassierten oder von der Deklassierung unmittelbar bedrohten Teile der bürgerlichen Mittelschichten. Mit ihrem Votum für den Faschismus protestierten sie gegen diese Deklassierung und betonten ihren Anspruch "Mittelstand" zu bleiben und sich gegenüber den unteren Klassen weiterhin deutlich abzugrenzen. Je illusorischer dieser Anspruch und je offenkundiger ihre faktische Deklassierung wurde, um so fanatischer hielten sie an ihren Prestigeforderungen fest - und an dem Institut, das sie begründete: am Privateigentum. Der kleine Bauer, der kleine Händler und der Handwerker fühlten sich dem Industriearbeiter auch dann noch gesellschaftlich überlegen, als ihre Einkommen ebenso niedrig waren. Für sein Bewusstsein war sein kleines Eigentum die entscheidende Schranke, die ihn vom Arbeiter trennte und vor den Gefahren wirtschaftlicher Abhängigkeit - Arbeitslosigkeit, materielles Elend - bewahrte. In der Wertschätzung des Eigentums traf sich der kleine Selbständige mit dem großen, traf sich das deklassierte Kleinbürgertum mit dem Kapital. Die Ideologie vom Privateigentum ermöglichte schließlich eine gemeinsame Front aller derer, die sich zu den Eigentümern zählten - ob ihr Eigentum nun in einem kleinen Laden oder einem mächtigen Konzern, einem Stückchen Land oder einem Milliardenvermögen bestand. Und diese Front bekämpfte mit äußerstem Fanatismus diejenigen, die das Privateigentum aufheben und damit für das Bewusstsein der Eigentümer alle zu einer pro-letarisierten Masse nivellieren wollten. Wenn Emil Grünberg im Jahre 1932 schrieb: Der Mittelstand „leiht der Großbourgeoisie das Gewicht seiner Massen, ohne das keine Herrschaft imstande ist, sich zu halten ... Der Mittelstand ist das Fundament, auf das die kapitalistische Herrschaft sich stützt“²¹, so hat er damit ein wesentliches Element kapitalistischer Herrschaft sichtbar gemacht, es freilich allzu rigoros formuliert: in revolutionären Perioden wie z. B. 1918 sind die Mittelschichten für eine linke Politik durchaus mobilisierbar, wenn sie auch nicht ihre treibende Kraft darstellen.

Politisch kam die gemeinsame Frontstellung der Eigentümer in dem Bündnis zwischen der faschistischen Massenbewegung und den sozialen Oberklassen zum Ausdruck, das sich gegen die Arbeiterorganisationen richtete und nach der "Machtergreifung" des Faschismus deren Vernichtung bewirkte. Ganz unproblematisch war dieses Bündnis freilich nicht, denn beträchtliche Teile der faschistischen Anhänger begriffen durchaus, dass der kleine Laden und der mächtige Konzern auch gegenteilige Interessen hatten.

d) Antikapitalismus

Der Handwerker und der kleine Ladenbesitzer wussten nämlich sehr wohl, dass die Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz von den großen Unternehmern in Handel und Industrie und den Banken ausging. Aus der Einsicht, dass sie in der Konkurrenz mit dem großen Kapital hoffnungslos unterlegen waren, folgten gewisse antikapitalistische Forderungen, die den Faschismus von anderen bürgerlichen Gruppierungen deutlich unterscheiden. Die Polemik gegen das große Kapital rührte jedoch, da sie mit einer prinzipiellen Verteidigung des Privateigentums verknüpft war, nicht zu sozialistischen Konsequenzen. Nicht die Vergesellschaftung der Wirtschaft, wie sie die Linke verlangte, war das Ziel dieser kleinbürgerlichen Protestbewegung, sondern die Rückkehr zu vorkapitalistischen Zuständen. Die Utopie des Faschismus ist der Vergangenheit entnommen, ist reaktionär: eine Gesellschaft von Kleinhändlern und Kleinproduzenten, in der jedermann über sein kleines Eigentum verfügt und der "Mittelstand" weder durch das große Kapital noch durch die sozialen Ansprüche der Gewerkschaften bedroht ist.

Die antikapitalistischen Stimmungen erreichten bei manchen Gruppen der faschistischen Bewegung eine beachtliche Radikalität. Diese "linken" Gruppen hielten den Kampf gegen das Großkapital für wichtiger als den gegen die Arbeiterbewegung, spielten sogar mit dem Gedanken, sich zunächst mit dieser zu verbünden, und übernahmen dezidiert sozialistische Forderungen. Im Programm der faschistischen Kampfgruppen (fasci di combattimento) von 1919 finden sich die folgenden Forderungen: "Mindestlöhne - Beteiligung der Arbeitervertreter an der technischen Führung der Betriebe - Übertragung der Führung von Industrie oder öffentlichen Betrieben an die proletarischen Organisationen .."²² Das Programm der NSDAP von 1920 verlangte "die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung. Kommunalisierung der Großwarenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an den Staat, die Län-

der oder Gemeinden", die "Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe" und die "Gewinnbeteiligung an Großbetrieben". Noch schärfer wurden die antikapitalistischen Forderungen vom linken Flügel der Partei formuliert: "Der Kapitalismus ist schuld an unserem Elend und muss daher vernichtet werden."²³ Er bedeute eine "Klassenherrschaft", die "es duldet, dass eine Klasse von Staatsbürgern ... über das wirtschaftliche Leben und Sterben der großen Mehrzahl der übrigen Staatsbürger bestimmt"²⁴. Die übrigen Elemente der faschistischen Ideologie, die durchweg antisozialistischen Charakter trugen, und die Einwirkung der sozialen Oberklassen, die daran interessiert waren, die faschistische Bewegung zu einem Kampfinstrument gegen die Linke auszugestalten, bewirkten jedoch, dass diese Gruppen ohne größeren Einfluss blieben. Spätestens in dem Augenblick, als der Faschismus zur Massenbewegung aufstieg und damit als Bündnispartner der Oberklassen attraktiv zu werden begann, wurden die "linken" Kräfte innerhalb der faschistischen Bewegung isoliert und entmachtet. In den neuen "programatischen Grundzügen", die Mussolini im Oktober 1921 vorlegte, war der "Sozialismus" bereits durch einen expansiven Nationalismus ersetzt: Sie forderten den vollständigen Verzicht auf "Verstaatlichung, Sozialisierung, Kommunalisierung". Die Aufgabe des Staates bestehe darin, "die Summe seines Wirkens der Kräftigung, der Entwicklung und der Expansion der italienischen Nation zu weihen, um zur Verwirklichung ihrer großen historischen und weltpolitischen Ziele beizutragen". Gegenüber dem Sozialismus zog Mussolini einen deutlichen Trennungsstrich: "Wir unterscheiden uns unwiderruflich von allen sozialistischen Sekten, da wir jeden wie immer gearteten Internationalismus ablehnen, jeden wie immer gearteten Staatseingriff in die Angelegenheiten der Wirtschaft."²⁵ In Deutschland wurde die Gruppe um Otto Strasser und den Kampf-Verlag, die die antikapitalistischen Kräfte der Partei repräsentierte, im Sommer 1930 ausgeschlossen.²⁶ Dennoch blieben im italienischen wie im deutschen Faschismus gewisse antikapitalistische Momente am Leben - für das Bewusstsein der faschistischen Führungsgremien lediglich mit der Absicht, der Mentalität der Anhängerschaft entgegenzukommen und die Massenbasis zu verbreitern, für Teile der faschistischen Bewegung jedoch als wesentliche Ziele der Partei. Die soziale Demagogie war um so glaubhafter, als die Führer der faschistischen Bewegungen im allgemeinen schon ihrer Herkunft nach nicht im Verdacht standen, mit dem Kapitalismus zu paktieren, sondern aus dem einfachen Volk kamen und dies in ihrer Propaganda auch weidlich ausnützten. Adolf Hitler, der Sohn eines kleinen Beamten, Gelegenheitsarbeiter, im Weltkrieg Gefreiter, konnte den "kleinen Leuten" durchaus glaubhaft machen, dass er einer der ihren war. Und Mussolini hatte bis zum Kriegsbeginn der Sozialistischen Partei angehört und war erst wegen seiner Agitation für den Kriegseintritt Italiens ausgeschlossen worden. Volkstümlichkeit in Herkunft, Sprache und Auftreten war - neben demagogischen Fähigkeiten und taktischer Gerissenheit -- die wesentliche Voraussetzung für den Erfolg eines faschistischen Führers. Erst sie schuf die Möglichkeit, dass die neue Variante reaktionärer Politik, die der Faschismus darstellt, bei den Massen ankam.

e) Sündenbockphilosophie

Die Undurchschaubarkeit der hochentwickelten Gesellschaft, die daraus resultierenden Angstgefühle und die Unzufriedenheit mit den Bedingungen der eigenen Existenz weckten nicht nur die Sehnsucht nach dem rettenden Führer und dem starken Staat, sondern auch nach einer einfachen und plausiblen Erklärung der Welt und ihrer Mängel. Eine solche Erklärung musste um so willkommener sein, wenn sie zugleich das eigene Selbstgefühl stärkte und überdies Objekte anbot, an denen die eigenen Aggressionen sich gefahrlos entladen konnten.

Diesen Bedürfnissen kam der Faschismus entgegen, indem er vorhandene Vorurteile, die teilweise eine lange Tradition hatten, aufgriff, radikalisierte und zu einem in sich geschlossenen Weltbild ordnete. Es beruhte auf der schlichten Teilung der Welt in Weiß und Schwarz, Gut und Böse, Engel und Teufel und nahm damit das Schema uralter Mythen wieder auf. Je weniger Differenzierungen und Nuancierungen ein solches Weltbild aufweist, um so wirksamer ist es in Zeiten von Not und Angst und sozialer Erschütterung. Das Freund-Feind-Schema des Faschismus erreichte den höchsten Grad der Vereinfachung, der denkbar ist. Die eigene Bezugsgruppe verkörperte das Gute schlechthin und verlangte deshalb die totale Identifikation. Die Fremdgruppe galt als böse und destruktiv und musste deshalb total bekämpft werden.

Die eigene Bezugsgruppe war zunächst die eigene Partei, dann die eigene Nation und die eigene Rasse. Der Feind wurde zunächst repräsentiert vom innenpolitischen Gegner, also vor allem von der Linken, dann auch von anderen Völkern und Rassen. Eine Reihe von faschistischen Bewegungen, vorab der Nationalsozialismus, entdeckte den Weltfeind in den Juden und brachte alle anderen Feindgruppen mit ihm in Zusammenhang: Kapitalismus wie Kommunismus, Demokratie wie Liberalismus seien letzten Endes nur besondere Erscheinungsformen des Judentums, geschaffen zum Zwecke der Vernichtung der höherwertigen Völker und Rassen.²⁷ Damit war ein Höchstmaß an Einfachheit und Effektivität erreicht.

Ein Teil dieser Feindgruppen wurde repräsentiert vom konkreten politischen Gegner; insoweit bleibt der faschistischen Ideologie also ein Rest von Realitätsbezug, wenn auch nicht von Rationalität. Die Diffamierung von Sozialisten, Kommunisten und kritischen Intellektuellen, Feinde der Nation und destruktive Elemente zu sein, hängt immerhin noch mit der Interessenlage der bürgerlichen Mittelschichten zusammen - freilich mit einer falsch verstande-

nen. Dagegen knüpft die Diffamierung der Juden nur noch scheinbar an die Wirklichkeit an: Zwar spielten die Juden im Banksektor und im Warenhaushandel, als Rechtsanwälte und Ärzte eine gewisse Rolle, doch lässt sich von hier aus der fanatische Antisemitismus nicht erklären. Erstens wurden alle Juden, gleich welcher Berufsgruppe, als Volksfeinde gebrandmarkt, und zweitens wurde das nicht-jüdische Kapital vom jüdischen, das angeblich "schaffende" vom angeblich "raffenden" scharf unterschieden, obgleich es der tatsächlichen ökonomischen Funktion nach nicht den geringsten Unterschied gab. Das Kapital strebt - durch das Konkurrenzprinzip gezwungen - immer nach dem maximalen Profit, gleichgültig, in wessen Händen es sich befindet. Die Ursache für den Antisemitismus ist also nicht bei den Juden, sondern bei den Antisemiten zu suchen.

Der Antisemitismus erweist sich somit als eine Ideologie, die die vorhandenen Aggressionen auf ein Objekt lenkt, das mit den Ursachen der Aggressionen nicht mehr zu tun hat als beliebige andere Objekte. Den gleichen Charakter haben die übrigen Varianten der faschistischen Sündenbockphilosophie: Zigeuner und Fremdarbeiter, Homosexuelle und Freimaurer müssen als Aggressionsobjekte herhalten, ohne dass auch nur ein entfernter Zusammenhang mit den Übeln der bestehenden Gesellschaft und dem Elend der Massen zu erkennen wäre. Hier wird deutlich sichtbar, dass diese Feindgruppen nur dazu dienen, von den wirklichen Ursachen sozialer Unsicherheit und Deklassierung abzulenken.

f) Militarismus und Imperialismus

Für den Faschismus ist das Militär nicht nur Vorbild für politische und soziale Organisationsformen, sondern der Soldat fungiert als Idealbild, des Menschen schlechthin und der Krieg als Höhepunkt menschlicher Selbstverwirklichung. Vorstellungen von Leistung und Auslese der Besten, von Halte und Verzicht, von Männlichkeit und Mut, von Heldentum und Todesbereitschaft, von Zucht und Gehorsam, von Gewalt und Unterwerfung verbinden sich hier zu einer Ideologie, in der das Wesen des Faschismus vielleicht am reinsten zum Ausdruck kommt. "Nur der Krieg", so schrieb Mussolini, "bringt alle menschlichen Energien zur höchsten Anspannung, nur er prägt den Völkern, die den Mut aufbringen, ihn zu wagen, das Zeichen des Adels auf."²⁹ Adolf Hitler berichtet, dass er bei der Nachricht vom Kriegsbeginn "überwältigt von stürmischer Begeisterung in die Knie gesunken war und dem Himmel aus übervollem Herzen dankte . . . So, wie wohl für jeden Deutschen, begann nun auch für mich die unvergesslichste und größte Zeit meines irdischen Lebens."³⁰ Mancherlei psychische Bedürfnisse und gesellschaftliche Interessen konnten durch diese Seite des Faschismus befriedigt werden. Erst der Krieg verleiht dem Faschismus seine Konsistenz und integriert seine divergierenden Komponenten zu einer geballten Kraft.

Die Neigung bestimmter Sozialgruppen zu militaristischen Ideologien kann psychologisch als eine Ausdrucksform der sado-masochistischen Mentalität begriffen werden. Einerseits ist im Militär das autoritär-hierarchische Prinzip am strengsten und konsequentesten durchgeführt, so dass jeder dieser Hierarchie Angehörige ausgiebig Gelegenheit hat, sich in Unterwerfung unter die Autorität und Durchsetzung der eigenen Autorität gegenüber den Untergebenen zu üben. (Nur die Angehörigen der untersten Stufe haben zunächst niemanden, den sie kommandieren können - abgesehen von der eigenen Familie; um so dringlicher werden diskriminierte Minderheiten gebraucht.) Andererseits verbindet sich der Militarismus im allgemeinen mit Vorstellungen von militärischer Expansion und Unterwerfung fremder Völker. Dass schon in diesen Vorstellungen sadistische Elemente enthalten sind, ist offensichtlich. Die tatsächliche Unterwerfung anderer Völker bietet dann einen weiten Spielraum für sadistische Verhaltensformen.

Dass in diesen militaristisch-expansionistischen Ideologien aber auch unmittelbare materielle Interessen eine Rolle spielen, ist jedoch nicht zu übersehen. Die Hoffnung auf Beute im weitesten Sinne - sei es durch offenen Raub, durch längerfristige, Ausbeutung oder durch eine gute Position im Herrschaftsapparat - hat die Wirksamkeit solcher Ideologien zweifellos gesteigert. Die sozialistische Idee des Klassenkampfes wird auf die internationale Ebene bezogen und zu einem Kampf zwischen besitzenden und "proletarischen" Nationen umgedeutet. Das Kriegsbündnis, das Italien, Deutschland und Japan dann schlossen, war ideologisch ganz auf dieses Motiv abgestimmt. Beide Komponenten - die sado-masochistische und die materielle - waren geeignet, die militaristisch-expansionistische Ideologie zu einem Instrument auszugestalten, mit dem die Herrschenden die unteren Klassen im eigenen Land korrumpieren und von einer Änderung der Gesellschaftsstruktur abbringen konnten. Ihre Aggressionen wurden auf den äußeren Feind, ihre Hoffnung auf dessen Unterwerfung und Ausbeutung abgelenkt. Schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hatten die Kolonialkampagnen der bürgerlichen Staaten die Wirksamkeit solcher Ideologien gezeigt. Der Faschismus führte auch in dieser Hinsicht die autoritären Tendenzen des bürgerlichen Staates zur letzten Konsequenz.

Die herrschende Klasse profitierte vom Militarismus aber nicht nur deshalb, weil er autoritäre Denk- und Verhaltensformen produzierte und weil er die Hoffnungen der Massen auf bessere Lebensbedingungen auf die Unterwerfung fremder Völker ablenkte und damit die Klassenherrschaft im Innern festigte. Es ist auch das unmittelbare Interesse der herrschenden Klasse an der Eroberung neuer Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagemöglichkeiten, an der Unterwerfung fremder Völker und ihrer Ausbeutung als billige Arbeitskräfte, das damit befriedigt

wird. Der Imperialismus ist also eines der wichtigsten Bindemittel zwischen den kleinbürgerlichen Massen, die aus mehreren Gründen von der Größe der Nation träumen, und dem Kapital, das seit dem Ende des, 19. Jahrhunderts aus Gründen der Selbsterhaltung zur Expansion gezwungen war. Der Faschismus liefert die Ideologie, die dieses Bündnis stabilisiert, und die Herrschaftsform, die es organisiert.

Zitiert nach: Demokratische Erziehung, Unterrichtseinheiten 7, Heinrich Mann: Der Untertan, PRV, Köln, 2/1982, S. 51-58 (Diese Quelle, auf die wir für den Kühnl-Text zurückgreifen mussten, enthält leider keine Angabe der im Text vermerkten Quellenangaben und sonstigen Fußnoten.)

Weitere Literatur (Auswahl):

1. Arbeiterbewegung und Antifaschismus. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 24. Bonn 1995
2. Antifaschismus. Marxistische Blätter 1-95
3. UZ-Magazin zum Antifaschismus, 2/2000
4. Rechtsextremismus und Antifaschismus. Hrsg. K.Kinner/R.Richter. Berlin 2000

Die Ideologie des Faschismus (nach Reinhardt Kühnl)

Aufgabe / Zweck:

- Unzufriedenheit der Massen mit bestehenden Zuständen ausdrücken,
- Bedürfnisse der herrschenden Klasse sichern

6 Grundmotive

- Gemeinschaft
- Autorität / Führerprinzip
- Eigentum
- Antikapitalismus
- Sündenbockphilosophie
- Militarismus & Imperialismus

a) Ideologie von der Gemeinschaft

Bestandteil aller rechten Gedankensysteme

Inhalte:

- Volk (Nation) als große Lebens- und Schicksalsgemeinschaft
- Betrieb als Arbeitsgemeinschaft von Unternehmern und Lohnarbeitern

Zweck (in einer Klassengesellschaft):

- Verschleierung der sozialen Gegensätze
- Darstellung der Interessen der Herrschenden als das Interesse der Gesamtheit
- Absicherung des gesellschaftlichen status quo

Besonderheit im Faschismus:

- Unterdrückung der öffentlichen Auseinandersetzung über Bedeutung von: Gemeinwohl
- aggressivste Zuspitzung: Rassismus. eigene Rasse höherwertig als alle anderen

Zweck:

auch der Niedrigste kann sich als auserwählt fühlen Unzufriedenheit der Machtlosen wird

- a. ideologisch ausgeglichen
- b. gegen den äußeren Feind geleitet

b) Führerprinzip

Gestaltung der gesamten Gesellschaft nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam
Stärkung der Autorität in allen gesellschaftlichen Bereichen

- Familie: Vater
- Erziehung: Lehrer

- Verwaltung: Vorgesetzter
- Wirtschaft: Unternehmer
- Leitbild: Militär mit seiner straffen Über- und Unterordnung
- Organisation der Wirtschaft: kapitalistischer Industriebetrieb mit Leistungsprinzip
- Organisation der Politik: Diktatur
- entsprechender Tugendkodex:
- Disziplin, Gehorsam, Treue, soldatische Ehre:
- Inhalte werden weder diskutiert noch rational begründet
- Prinzip: "glauben, gehorchen, kämpfen"
- Folge: Einsatz der Anhängerschaft für beliebige Zwecke
- Funktion: Führung hat völlige Handlungsfreiheit - Ausschaltung jeder Kontrolle von unten

Folgende gesellschaftliche Schichten werden angesprochen:

- Offiziere
- Angestellte und Beamte: Schutz im realen Abhängigkeitsverhältnis
- Unternehmer: Herren im eigenen Haus, Abschaffung der Mitbestimmung durch Betriebsräte und Gewerkschaften
- Mittelstand: Schutz gegenüber dem großen Kapital und gegenüber Gewerkschaften
- Dauerarbeitslosen: Hoffnung auf eine höhere Gewalt

c) Privateigentum

Fundament der bürgerlichen Gesellschaft

- entscheidende Position in allen bürgerlichen Ideologien
- entscheidender Unterschied zwischen kleinen Selbständigen und Lohnabhängigen

besondere Funktion im Faschismus:

Ideologische Einigung von deklassiertem Kleinbürgertum und großem Kapital Der Mittelstand

- "leiht der Großbourgeoisie das Gewicht seiner Massen, ohne das keine Herrschaft imstande ist sich zu halten ..."
- ist das Fundament auf das die kapitalistische Herrschaft sich stützt."

gemeinsame Front der "Eigentümer" gegen alle, die das Privateigentum aufheben wollen

d) Antikapitalismus

1. gleichbedeutend mit vorkapitalistischen Zuständen:

Nicht Vergesellschaftlichung der Wirtschaft sondern Gesellschaft von Kleinhändlern und Kleinproduzenten, in der jedermann über sein kleines Eigentum verfügt und "Mittelstand" weder bedroht ist vom großen Kapital noch durch soziale Ansprüche der organisierten Arbeiterklasse

Reaktion auf das Bewusstsein der Kleinunternehmer:

- Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz
- geht von Großunternehmen und Banken aus
- plus: prinzipielle Verteidigung des Privateigentums

2. radikale "linke" Forderungen

Anlehnung an Forderungen der revolutionären Arbeiterbewegung (Vernichtung des Kapitalismus als der Ursache des Elends)

Zielgruppe: Dauerarbeitslose

Funktion:

- Schwächung der organisierten revolutionären Arbeiterklasse
- Verbreiterung der Massenbasis

spielten nur zeitweilig eine Rolle (Gruppe um Otto Strasser wurde bereits 1930 ausgeschlossen)
bilden aktuell einen wichtigen Bestandteil der Propaganda der NPD!

e) Sündenbockphilosophie

allg. Tendenz: Reaktion auf Zeiten von Not und Angst

Zweck:

Umlenkung von Aggressionen, die aus der Undurchschaubarkeit der hochentwickelten Gesellschaft (Angstgefühle) und der Unzufriedenheit mit den Bedingungen der eigenen Existenz (Erlebnis von Not) erwachsen, auf ein Objekt, das mit den Ursachen nichts mehr zu tun hat.

Mittel:

vorhandene Vorurteile und Ängste vor dem Fremden werden aufgegriffen, radikalisiert und zu einem geschlossenen Weltbild geordnet

Vereinfachung des Weltbildes nach dem Freund-Feind-Schema:

eigene Bezugsgruppe: das Gute schlechthin,
die Fremdgruppe: böse und destruktiv, muss total bekämpft werden.

eigene Bezugsgruppe:

- die eigene Partei
- die eigene Nation
- die eigene Rasse

der Feind:

- der innenpolitische Gegner, vor allem die "Linke"
- andere Völker und Rassen

Einige faschistische Bewegungen, vorab der deutsche Nationalsozialismus entdeckten den Weltfeind in den Juden und bringen ihn in Verbindung mit allen anderen Feindgruppen:

Kapitalismus und Kommunismus, Demokratie und Liberalismus sind nur Erscheinungsformen des Weltjudentums zum Zwecke der Vernichtung der höherwertigen Völker und Rassen.

Unterscheidung des jüdischen ("raffenden") vom nichtjüdischen ("schaffenden") Kapital

f) Militarismus und Imperialismus

Wesen des Faschismus kommt hier am reinsten zum Ausdruck

- Militär: Vorbild für soziale und politische Organisationsformen
- Soldat: Idealbild des Menschen
- Krieg: Höhepunkt menschlicher Selbstverwirklichung:
 - Leistung und Auslese der Besten
 - Härte und Verzicht
 - Männlichkeit und Mut
 - Heldentum und Todesbereitschaft
 - Zucht und Gehorsam
 - Gewalt und Unterwerfung
 - unmittelbar materielle Interessen / Hoffnung auf Beute:
 - offener Raub
 - längerfristige Ausbeutung
 - gute Position im Herrschaftsapparat

Zwecke für die herrschende Klasse:

- Produktion autoritärer Denk- und Verhaltensformen
- Ablenkung der Hoffnung der Massen auf bessere Lebensbedingungen auf die Unterwerfung fremder Völker
- damit Festigung der Klassenherrschaft im Inneren
- unmittelbares Interesse der herrschenden Klasse
- an der Eroberung neuer Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Kapitalanlagemöglichkeiten,
- an der Unterwerfung fremder Völker und ihrer Ausbeutung als billige Arbeitskräfte

Imperialismus:

eines der wichtigsten Bindeglieder zwischen den kleinbürgerlichen Massen, die aus mehreren Gründen von der Größe der Nation träumen, und dem Kapital, das seit dem Ende des 19. Jhdts aus Gründen der Selbsterhaltung zur Expansion gezwungen ist

Faschismus:

liefert die Ideologie, die das Bündnis stabilisiert, und die Herrschaftsform, die es organisiert.